

Difs⁴⁰
3719.
17.



<36632017380014 S

<36632017380014

Bayer. Staatsbibliothek

Das
Majestätsrecht

Eine akademische

Philosophisch - Staatsrechtliche Abhandlung

zur Feyer

der

Allerhöchsten Anwesenheit

Sr. Majestät des Königs von Baiern

Maximilian Joseph's

des Allgeliebtesten Vaters des Vaterlandes, und
zweyten Augustus der Wissenschaften und
Künste, in der Königlichen Universitäts - Stadt
Würzburg im May - Monathe des Jahres 1823

von

Andreas Metz

der Philosophie und Theologie Doctor, der theoretischen und practischen Philosophie
an der Königlichen Universität Würzburg öffentl. ordentl. Professor und z. Z. Universitäts-
Prorector.

Würzburg,

gedruckt bey Carl Wilhelm Becker, Universitäts - Buchdrucker.

Serus in coelum redeas, diuque
Laetus intersis populo . . .

. . .

Hic ames dici Pater atque Princeps

Horat. Carm. lib. I Ode. II.

Instar veris enim Vultus ubi Tuus
Affulsit populo, gratior it dies
Et soles melius nitent

Horat. Carm. lib. IV Ode V.

Quod enim praestabilius est aut pulchrius munus Deorum, quam castus et sanctus
et diis simillimus Princeps?

Plin. Paneg. Cap. I.

Das Majestätsrecht

Erster Abschnitt

Von der Begründung des Majestätsrechtes.

§. 1.

Daß das Majestätsrecht in der Lehre des absoluten Staatsrechtes *a)* den ersten Haupttheil ausmache, darin sind die Staatsrechtslehrer eben so einig, als sie in der Darstellung und Würdigung der Ausflüsse, und vornehmlich in der Begründung des Majestätsrechtes von einander abweichen, ja, vornehmlich in letzterer Hinsicht, sich sogar widerstreiten.

§. 2.

Anlangend die Begründung des Majestätsrechtes: so ist dieselbe durch die Begründung des Staatsrechtes überhaupt bedingt, das ist, von der Nachweisung des Fundamentes der Annahme abhängig, daß durch den Staat Rechte gegeben werden, die er, als das Ganze, gegen seine Glieder, und diese gegen den Staat haben *b)*. Denn das Majestätsrecht, als Theil des Staatsrechtes,

a) Das Staatsrecht, als Wissenschaft der Rechts-Verhältnisse, in welchen der Staat, als das Ganze, zu den Bürgern, als seinen Gliedern; und diese umgekehrt zum Staate stehen, heißt das absolute, (unbedingte), so fern es auf der Idee des Staates schlechtweg beruht, und daher für alle Staaten gilt. Sein Gegenstück ist das hypothetische Staatsrecht, welches die Verschiedenheit der Staatsverfassungen zu seinem Fundamente hat, und die hiernach sich ergebenden besonderen Bestimmungen der vom Staate überhaupt gültigen Rechtsverhältnisse erwägt. Vgl. Bauers Lehrbuch des Naturrechts §. 206.

b) Von den Rechten der Staaten gegen Staaten; oder auch nur der Glieder des einen

steht zu diesem im Verhältnisse des Artbegriffes zum Gattungsbegriffe. Da nun der Gattungsbegriff in seinen Artbegriffen, als identisches Merkmal, oder, wie die Schule sich ausdrückt, als analytische Einheit derselben, wiederkehrt; sonach in seiner objectiven Realität, d. i. daß er kein Hirngespinnst sey, begriffen seyn muß, wenn die Realität des Artbegriffes begriffen werden soll: so ist augenfällig, daß die Begründung des Majestätsrechtes durch die Begründung des Staatsrechtes überhaupt bedingt ist.

Auch will die Majestät, im Sinne der Römer, ein grundwesentlicher Character des Staates selbst seyn; und muß folglich auch als ein grundwesentlicher Character Dessen gelten, der Repräsentant des Staates ist, d. i. wie wir im Verlaufe zeigen werden, des Staatsoberhauptes. Denn unter Majestät verstanden die Römer, zur Zeit der Republik, die Ehrfurcht gebiethende Gröfße (magnitudo reverenda) der Würde des Gesamtvolkes wegen des ihm zustehenden Rechtes zu Genehmigen, und zu Verordnen; statt dessen dem Senate das Rathen und Begutachten eigen war, (*populus sciscere solebat et jubere; senatus censere, et auctor esse*) und ihm daher im Gegensatze des Gesamtvolkes nur Auctorität zukam. Dieß ist ersichtlich aus den Worten Cicero's c): *Tantus autem est consensus municipiorum, coloniarumque provinciae Galliae, ut omnes ad auctoritatem hujus ordinis, majestatemque populi Romani defendendam conspirasse videantur*. In Folge dieser Majestät des Volks war es unbedingte Pflicht der Bürger, sich den, vom Gesamtwillen desselben ausgeflossenen Gesetzen und Anordnungen zu unterwerfen; und von allen, dieser Würde des Gesamtwillens Abbruch thnenden Handlungen sich zu enthalten. Eben deswegen wurde die Majestät auch den gesetzlich bestimmten Verwaltern des Volksinteresses, namentlich den Consuln, wie aus Cicero's Worten „*consulis designati majestas d)*“ erhellet; und, nach anderen Stellen Cicero's und Livius, auch den Richtern, dem Senate, und selbst, dem Volksinteresse

Staates gegen einen andern Staat, oder dessen Glieder, handelt nicht das Staatsrecht, sondern das Staaten- (Völker) und Weltbürgerrecht (*jus cosmopoliticum*), welches letztere auf der Idee der, auf Einheit gebrachten, Vielheit, d. i. der Allheit sämtlicher, auf dem Erdenrunde befindlichen, Staaten beruht; und daher von dem Staaten — und dem Staatsrechte sich eben so sehr unterscheidet, als die Allheit von der Vielheit und Einheit, in quantitativer Hinsicht, unterschieden ist.

c) Philipp. III, 5.

d) Philipp. XIII, cap. 9.

heiligen, Orten beygelegt. Handlungen wider das Ansehen dieser Personen, oder gar thätliche Angriffe auf sie, und Behinderungen ihrer Functionen galten als Verbrechen wider die Majestät (*crimina majestatis*). Ins besondere aber galten zur Zeit der römischen Republik als Majestätsverbrechen die von Tacitus e) genannten, als der Armeeverrath; die Aufwiegelung des gemeinen Volkes; und die schlechte Verwaltung des Staatsinteresses. Von dem Volke ging späterhin die Majestät auf die Kaiser über; und die Fälle des Verbrechens der beleidigten Majestät vervielfältigten sich nun, besonders durch die strafgierigen Verordnungen des Tiberius, Nero und Domitian, wie aus Tacitus f), Suetonius g) und Plinius h) erhellet.

Unter August und Trajan war, nach Plinius i) die Majestät so viel, als Divinität; — *θεϊότης* — und davon führt bey Dio das Majestätsverbrechen auch den Namen der *ἀσεβεία*. Die hiernach geltende Bedeutung des Wortes Majestät war daher die, daß es die aus der Tugend und Oberherrschaft stammende Gröfsheit des Staatsoberhauptes bezeichnede, wie dieß besonders Plinius, in Beziehung auf Trajan k), vorstellig gemacht hat. Ueberhaupt aber ist Majestät die, Ehrfurcht erregende, Gröfsheit der Würde des Inhabers der Staatsherrschaft: und die nächste Folge aus ihr ist die Unverletzlichkeit (*sanctitas*) des Staatsherrschers; oder das Geheiligtseyn der Person des Selben; indem jeder vorsätzliche Angriff auf Seine Person ein Angriff auf den Staat selbst ist; sonach als ein Verbrechen gelten muß, über welches kein gröfseres vom Unterthan begangen werden kann. Zugleich steht im Gefolge der Majestät auch die Unbelangbarkeit (*Inadpellabilitas*) oder die Souverainität des Reprä-

e) Tacit. Annal. lib. I. Cap. LXXII: si quis proditione exercitum, aut plebem seditionibus, denique male gesta republica majestatem populi Romani minuisset.

f) Annal. lib. I. 72.

g) Ner. 32. Domit. 12,

h) Plinius Panegy. Cap. XXXIII. übersetzt von M. David Ludewig Wigand, Leipzig 1796. Anmerk. 3 zu Kap. 33.

i) Plin. Paneg. Cap. XI. XLII. XXXIII. 4. Vergl. Sueton. Ner. 1.

k) Plin. Paneg. LII. 2: Tu delubra non nisi adoraturus intras; tibi maximus honor excubare pro templis, postibusque praetexti. Sic fit, ut summum inter homines fastigium serves, cum Deorum ipse non appetas.

sentanten des Staates, weil der Staat, als ein, seinem Zwecke für sich selbst genügendes, und mit dem Character der höchsten Auctorität und Würde begleitetes Ganze, von jeder höheren richterlichen Auctorität unabhängig ist, und seyn muß, wenn er als ein selbstständiges, und in sich beschlossenes Ganze mit diesem Character gelten soll. Die unausweichliche Folge aus Al-lem dem ist nun aber augenfällig die, daß das Majestätsrecht ohne die Begründung des Staatsrechtes überhaupt nicht begründet werden kann.

§. 3.

Aber um das Staatsrecht überhaupt begründen zu können (2), muß vorher der Begriff des Rechtes schlechtweg begründet; und auch die Entstehung des Staates nach einer Weise vorstellig gemacht worden seyn, nach welcher der Rechtsbegriff auf ihn Anwendung hat, und er selbst als Quelle von Rechten und Verbindlichkeiten angesehen werden kann 1).

Denn gesetzt, der Begriff des Rechtes wäre ein Phantom, das sich die Menschen selbst geschaffen, und einander durch Erziehung und Ueberredung eingeimpft hätten; oder zwar real; aber diejenige Art des Nebeneinanderlebens derselben auf der Erdoberfläche, und ihr geselliger Zustand, die und den wir den Staatsbürgerlichen nennen, wären in ihrem Ursprunge und Fortgange den Naturphänomenen gleich, die ohne alle Zuthat der freyen Willkür der Menschen statt haben; und auf die sonach der Rechtsbegriff als Regel, die nur im Gebiete der freyen Willkür ihre Geltung haben will, gar nicht paßt: so ist augenfällig, daß im ersten Falle auch das Staatsrecht, weil es unter den Titel des Rechtes überhaupt gehört, eine Dichtung seyn müßte; und im zweyten,

1) Die Behauptung mancher, daß das Recht allererst durch den Staat gegeben werde, ist so augenfällig falsch, als die, daß der Menschheitscharacter allererst durch den Staat, d. i. der Character, nach welchem die Menschen Menschen heißen, allereist durch den Bürgercharacter derselben; und die Wurzel des Baums allererst durch den Stamm, oder durch die Aeste desselben gegeben werde. Cicero's Satz fällt einem dabey ein: Sed nescio, quomodo nihil tam absurde dici potest, quod non dicatur ab aliquo philosophorum. (II divin. 58). Diese Behauptung hat übrigens besonders in der, 1809 zu Bamberg und Würzburg bey Göbhardt herausgekommenen, Theodicee, S. 86, am dasigen Sprecher Heinrich ihren Patron gefunden; und dieser Heinrich darf immerhin auf vollen Beyfall derer rechnen, denen das Phantasiren, und keckes Behaupten ohne Grund mit dem Philosophiren, und überhaupt mit gründlichem Denken Eins ist. Weiter unten werden wir diese Meinung näher beleuchten.

ohne einen Widerspruch *in adjecto* zu begehen, von einem Staatsrechte so wenig, als von einem Vulkan- Tieger- oder Donnerwolken- Rechte die Rede seyn könnte.

§. 4.

Aber gerade hierin (3) haben wir den doppelten Hauptpunkt, wo selbst diejenigen Staatsrechtslehrer, die diese Wissenschaft, als ersten Haupttheil des natürlichen (aus bloßer Vernunft geschöpften) öffentlichen Rechts, im Contexte des Systems des gesammten Naturrechts abhandeln, entweder sich auf Seichtigkeit betreten lassen, oder im Widerstreite gegeneinander befangen sind. Denn in die Rechtfertigung des moralischen Unterschiedes unter den menschlichen Handlungen (*actus humani*, im Gegensatze der *actus hominis*) — Kraft dessen einige sittlich gut, und, als solche, des allgemeinen Beyfalles aller Vernunftwesen für würdig erklärt seyn wollen; andere aber sittlich böse sind, und als solche nur Gegenstände der allgemeinen Mißbilligung der vernünftigen Wesen sind, und seyn können — als eines inneren und ursprünglichen lassen sich diese Staatsrechtslehrer gemeiniglich nicht ein *m*). Und doch ist es einer Seits aus der Geschichte der philosophischen Systeme, namentlich über Moral- (nach Wolf practische) Philosophie, bekannt, daß Montagne, Mandeville und andere *n*) die Innerlich- und Ursprüng-

m) Selbst in einem der neuesten Lehrbücher des Naturrechts — in dem des Hrn. Prof. Bauer — vermissen wir diese Rechtfertigung.

n) Montagne sagt in seinen *Essays lib. II. Chap. XII*: *les loix prennent leur autorité de la possession et de l'usage*. Und Mandeville schreibt in seinem Buche: *La fable des abailles ou les fripons devenus honnestes gens — Tomè second à Londres MDCCCL Recherches sur l'origine de la vertu morale*: „Tous les animaux, qui n'ont point reçu d'éducation, uniquement attentifs à se procurer des plaisirs, suivent naturellement la pente de leurs inclinations, sans s'embarasser si ce qui les accommode, fait du bien ou du mal aux autres. De là vient, que dans l'état de la nature les creatures, qui raisonnent le moins, et qui ont le moins de desirs, sont les plus propres à vivre paisiblement ensemble. Il sembleroit donc, que naturellement il n'y auroit point de creature, qui fut moins capable de vivre long - tems en société, que l'homme. Cependant les qualités bonnes ou mauvaises sont de telle nature, qu'il est le seul Etre, que l'on puisse jamais civiliser. Mais il faut pour cela le gener par un certain gouvernement, et le regler par des loix — c'est ce qui engagea les législateurs, et en general tous les sages fondateurs des sociétés, à s'attacher principalement à persuader ceux, qu'ils avoient à gouverner, qu'il étoit plus avantageux à chacun d'eux de dompter leurs appetits, que de les satisfaire. Ils se sont efforcés de leur montrer, qu'il convenoit mieux, d'avoir égard à l'interet public, que de se borner à celui, qui leur paroissolt être leur interet par-

lichkeit desselben geläugnet; und diesen Unterschied selbst für ein Kind der Erziehung, und der Herrschsucht schlauer Köpfe ausgegeben haben; und daß anderer Seits selbst in der neuesten Zeit Theorien der Philosophie aufgestellt worden sind, nach welchen, consequent durchgeführt, dieser Unterschied der menschlichen Handlungen, hinsichtlich seiner inneren und ursprünglichen Gültigkeit sich nicht halten kann. Wir meinen hier das System derer, die die ganze Erscheinungswelt, sonach auch die Menschen mit allen ihren Farben, Rassen, und Handlungsweisen für eben so viele Positionen, oder sich selbst Kundgebungen des Einen absoluten Göttlichen Seyns gehalten wissen wollen. — Anderer Seits ist es aber auch eben so bekannt und unläugbar, daß der Begriff des Rechts einer von denen ist, durch die der besagte moralische Unterschied der menschlichen Handlungen bezeichnet wird, und in Folge dessen kann nun dieser Begriff nicht begründet heißen, so lange nicht der besagte Unterschied selbst unter den menschlichen Handlungen als ein innerer und ursprünglicher begründet ist.

§. 5.

Wir unseres Ortes, zwischen Beweis und Nachweisung (Rechtfertigung — Deduction) wohl unterscheidend, stützen die Innerlichkeit und Ursprünglichkeit des besagten (4) moralischen Unterschiedes, als des eigentlichen und einzigen Fundamentes der gesamten Moralphilosophie, sonach auch der Rechtslehre überhaupt und der Staatsrechtswissen-

ticulier. La chose n'étoit pas facile à persuader. Aussi tous les beaux esprits, tous les philosophes, tous les orateurs réunirent-ils leurs puissans efforts, pour inspirer au genre humain des sentimens si utiles — ils trouverent, qu'il étoit de l'intérêt de plus méchans, de recommander avec le plus de force, et de donner le plus de louanges à ceux, qui travailloient au bien général, indépendamment de leur avantage propre — par conséquent ils sont dû s'accorder avec le reste du genre humain, à donner le nom de vice à toute action, que l'homme commettrait pour satisfaire quelques uns de ses appetits, sans égard à l'intérêt public. — On s'est de même accordé à donner le nom de vertu à toutes les actions, qui étant contraires aux mouvemens de la nature, tendroient à procurer des avantages au prochain, et à vaincre toutes ses passions si l'on en excepte l'ambition raisonnable d'être bon — — plus nous examinerons de près la nature de l'homme, plus nous nous convaincront, que les vertus morales sont des productions politiques, que la flatterie engendra de l'orgueil." — Eine fast gleiche Ansicht vom Ursprunge der moralischen Begriffe findet sich in Heinrich Cornelius Agrippa Invectiv-Declamation de incertitudine et vanitate Scientiarum MDXXXVI, Cap. LIV.

schaft ins besondere auf die innere und ursprüngliche Anlage der menschlichen Natur selbst; die unter die Data der psychischen Anthropologie gehört, welche für alle Philosophie, die Wissenschaft und nicht Gedicht seyn will, das Fundament ist, wie wir schon anderswo gezeigt haben o). Diese ursprüngliche Anlage des Menschen ist:

a) Die Vernunftanlage überhaupt, nach der der Mensch fähig ist, und, im Zustande der geschehenen Entwicklung derselben zur Kraft, unwiderstehlich getrieben wird, allem Bedingten und Relativen das Absolute überzuordnen; und nur in diesem das Ziel seines Treibens und Forschens zu finden. In der Reihe der Gegenstände des Begehrungsvermögens giebt es nun eben so, wie in der Sphäre der Objecte des Erkenntnißvermögens, viele, denen der Character der Bedingtheit und Relativität anhängt. Dahin gehört die ganze Masse der sinnlich vergnügenden Dinge, und die Summe der Nützlichkeitsartikeln der Klugheit. Diese Dinge sind begehrungswürdig, und werden in so fern Güter genannt, nur unter Rücksichten auf Alter und Geschlecht, auf Zonen und Climate; auf zufällige Neigung, Erziehung, Zeitverhältnisse u. s. w. Sie gehören, als solche, ganz in das Bereich der sinnlichen Erscheinungswelt. Ihnen die Idee des An sich Begehrungswürdigen, oder des An sich Guten überzuordnen, ist daher eben so ein inneres und ursprüngliches Bedürfnis der vernünftigen Menschennatur, als es für sie im Gebiete der äußeren und inneren Naturerscheinungen überhaupt ein inneres und ursprüngliches Bedürfnis ist, zum Seyn der Dinge an sich (*των εν τω ουκ οντων* nach Plato) aufzusteigen. Mit der Idee des Absolutguten aber ist zumal der fragliche moralische Unterschied unter den menschlichen Handlungen, als ein innerer und ursprünglicher, gesetzt.

b) Die Vernunftanlage ins besondere als Gewissensanlage; als in Folge welcher, sobald sie zur Kraft, Gewissen genannt, gereift ist, der Mensch sich innerlich befehligt sieht, nicht eher eine Handlung zu beschließen, und zu setzen, als bis er das gewisse Wissen hat (woher

o) S. unsere, unserm Grundrisse der Anthropologie in psychischer Hinsicht und innerhalb der Grenze dessen, was der Philosophie zur Grundlage dient (Würzburg b. C. Ph. Bonitas 1821) vorgedruckte, Rede: Ueber den Zweck, Umfang und Gang des akademischen Studiums überhaupt S. LV.

eben der Name des Gewissens stammt), daß sie nach der Idee des Sittlichguten zulässig ist. *Id, quod dubitas, ne feceris*, sagte mit Recht schon Plinius, und bezeichnete eben hierdurch ganz richtig die Forderung des Gewissens *p*). Es ist aber leicht ersichtlich, daß diese Forderung weder von einem Gefühle *q*) — als welches immer nur subjectiv ist, und daher auf Gültigkeit bey allen Vernunftwesen nicht Anspruch machen kann — weder von einer Neigung — als welcher gerade durch diese Forderung des Gewissens der stärkste Abbruch geschieht — sondern einzig nur von der Vernunft ausgehen kann, so fern sie ihre schon oben berührte Function, das Relative und Bedingte durch das Absolute zu beherrschen, an den freyen Handlungen des Menschen ausübt, d. i. als practische Vernunft wirksam ist. Denn das Eigene des Gewissens ist, daß der Prozeß vor ihm als ein Prozeß vor Gott, als allwissendem (Herzenskundigen) allgerechtem und allmächtigem Richter gilt, vor welchem der Mensch sich wegen seiner Thaten zu verantworten hat *r*). Die Idee Gottes aber, nach diesen Merkmalen, ist reines Eigenthum der Ver-

p) Anders spricht sich der Probablism älterer Theologen aus; ist aber auch eben dadurch das Grab der Moral.

q) Das moralische Gefühl ins besondere ist nicht Eins mit dem Gewissen; sondern Wirkung durch die Vorstellung des Gesetzes, mit dem die Zusammenstimmung der Handlung, nach der Forderung des Gewissens, gewiß seyn soll, bevor man sie wirklich setzt. Da dieser Forderung, als identisch mit dieser, seiner, von dem Interesse der Sinnlichkeit unabhängigen, jedesmaligen Ueberzeugung von der Zulässigkeit der Handlung in sittlicher Hinsicht zu folgen, die Idee des sittlichen Gesetzes selbst zur Seite steht: diese aber durchaus nicht ein Product des Sinnes ist, (dieses Wort streng genommen): so erhellet, daß auch der von Hutcheson, durch irrige Verwechslung des moralischen Gefühls mit moralischem Sinne, behauptete moralische Sinn nicht für Eins mit dem Gewissen genommen werden kann. Leicht versteht sich hiernach auch das Irrige der Ansicht vom Gewissen, die Hr. Prof. Heinroth in seinem zu Leipzig 1822 gedruckten Lehrbuche der Anthropologie S. 154 aufgestell't hat. Nach derselben könnte es, in Absicht auf das recht Handeln, keinen Irrthum geben, was objectiv doch falsch ist.

r) Das Gewissen kann hiernach auch der innere (im Innern des Menschen selbst aufgeschlagene) Gerichtshof genannt werden, vor welchem sich die Gedanken desselben einander verklagen oder entschuldigen, wie der Apostel sich ausdrückt; und weil dabey das Mitwissen Gottes, als Allwissenden, die Regel der Unbestechlichkeit dieses Gerichtshofes bildet: so nennen die Griechen das Gewissen sehr passend *συμείνησις* (Conscientia).

nunft. Sonach ist das Gewissen eben so, wie die Vernunft, als Anlage dem Menschen eingeboren; und nicht etwas, was er sich selbst macht, und von dem er sich willkürlich auch wieder los machen könnte. Es begleitet ihn vielmehr, nach Kants treffender Sprache, wie sein Schatten, wenn er zu entfliehen gedenkt. „Der Mensch kann sich zwar durch „Lüste und Zerstreuungen betäuben, oder in Schlaf bringen, aber nicht „vermeiden, dann und wann zu sich selbst zu kommen, oder zu erwachen, wo er alsbald die furchtbare Stimme desselben vernimmt. Er „kann es in seiner äußersten Verworfenheit [allenfalls dahin bringen, „sich daran gar nicht mehr zu kehren, [aber sie zu hören, kann er „doch nicht vermeiden s).“ Mit der Innerlich- und Ursprünglichkeit des Gewissens aber ist nun sofort wieder die Innerlich- und Ursprünglichkeit des moralischen Unterschiedes unter den menschlichen Handlungen gesetzt t).

§. 6.

Diesem zu Folge (5) muß nun auch die Regel zur Bestimmung der moralischen Güte der einzelnen menschlichen Handlungen, die, als eine allgemein gültige, das moralische Gesetz heißt, im ursprünglichen Wesen der Vernunft selbst wurzeln. Man nennt dieses Gesetz mit Recht auch das Gesetz des Freyheitsgebrauches, weil menschliche Handlungen auf den Gebrauch der Freyheit hinweisen. Der menschliche Freyheitsgebrauch ist aber nur ein zweyfacher, entweder ein äußerer, oder ein innerer. Jener zeigt sich in äußerlich wahrnehmbaren Handlungen; dieser in Gesinnungen, die nur dem inneren Sinne des Handelnden zugänglich sind. Jener, bezogen auf das Coëxistenzverhältniß des Handelnden zu anderen Menschen, die auch

s) Kant metaph. Anfangsgründe der Tugendlehre. Königsberg 1797. S. 99.

t) Da das angeführte doppelte Moment für sich schon zureicht, den moralischen Unterschied unter den menschlichen Handlungen zu begründen; so übergehen wir hier die noch möglichen übrigen Gründe dafür, als namentlich die ursprüngliche Beschaffenheit des Gefühls der Achtung, der Scham und der Reue; die Unabweislichkeit und Allgemeinheit des menschlichen Interesses am Sittlich guten; und die absurden Folgen, die aus der Läugnug der Innerlich- und Ursprünglichkeit dieses Unterschiedes sich ergeben. Wir haben uns hierüber schon in unserem: Criticae Rationis practicae seu partis primae Philosophiae practicae Compendium, Wirceburgi Sumptibus F. K. Riennner MDCCC. S. 15—23 ausführlich erklärt.

auf Freyheit ihrer Willkür Anspruch machen, unterliegt der Frage: ist er rechtlich? und, an sich (ohne Hinsicht auf das Coëxistenzverhältniß) betrachtet, in Absicht auf die ihm unterliegende Sinnesart des Herzens, der Frage: ist er sittlichgut; dieses Wort hier, im Gegensatze des rechtlichen, als Artbegriff des Sittlichguten überhaupt genommen; für den man besser den Ausdruck tugendhaft (ethisch im modernen Sinne des Wortes) brauchen könnte. Hiernach ist der Begriff des Rechtlichen, sonach auch der des Rechts, durch das ursprüngliche Wesen der vernünftigen Menschennatur selbst gegeben *u)*, folglich kein erdichteter; sondern ein realer, was zu zeigen war.

§. 7.

Anlangend den zweyten Moment, durch den die Begründung des Staatsrechtes überhaupt, und des Majestätsrechtes ins besondere bedingt ist, den Staat selbst, in seinem Ursprunge betrachtet (3): so herrscht hier, wie schon oben gesagt worden, nicht nur Abweichung der Staatsrecht-lehrer von einander, sondern auch Widerstreit unter ihnen. Der Grund dessen ist, weil die Frage selbst über den Ursprung des Staates einen doppelten Standpunkt zuläßt, aus welchem sie verstanden, und der Untersuchung unterworfen werden kann, einen historischen; und einen juridisch practisch - idealen. Dort wird der Staat als etwas betrachtet, dessen Daseyn in den Context der geschehenen Dinge fällt; und die Frage ist dann, durch welche Causalität ist das Daseyn des Staates bewirkt worden? gerade, wie diese Frage auch über ein jedes andere Naturding, das in der Zeit zu seyn angefangen hat, (Ereignifs, Phänomen) sich aufwirft. Der Ursprung des Staates wird so als ein factischer verstanden, und die Frage über ihn ist dann rein historisch; die sonach nicht der Philosophie, sondern nur der Geschichte anheimfällt; aber als solche, in der Allgemeinheit genommen, nach welcher sie sich ausspricht, durch Data der Geschichte sich nicht beantworten läßt, weil diese nicht auf den Staat schlechtweg, dessen Entstehungsart

u) Durch die Erörterung (*expositio*) dessen, was dem Begriffe des Rechts, als einem gegebenen, wesentlich anhängt, bestimmt sich dieser Begriff so fort auch; und die Frage, was ist Recht? hat darnach keine Schwierigkeit mehr. Kant hat diese Erörterung in seinen metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre (Königsberg 1797) S. XXXI—XXXIII Erster vortrefflich gegeben.

hier in der Frage liegt, sondern nur auf einzelne Staaten geht, die vorhanden waren, oder jetzt noch vorhanden sind. Dagegen ist der Ursprung des Staates als ein juridisch - practisch - idealer zu Grunde gelegt, wenn, abgesehen von der Art und Weise seines wirklichen Entstehens in der Zeit, nur dieß gefragt wird: nach welcher Idee muß der Staat entstanden gedacht werden, damit er, als der Vernunftidee des Rechtes gemäß, entstanden, und zugleich als solcher vorgestellt werden kann, der eine Quelle von Rechten und Verbindlichkeiten ist? Da nun die Staatsrechtslehrer sich entweder auf diesen idealen oder auf jenen historischen Standpunkt, hinsichtlich des Ursprunges des Staates, stellen können; ja wirklich diese zwey, sich entgegengesetzten, Standpunkte unter sich getheilt haben: so ist der Widerstreit begreiflich, der in diesem Punkte unter ihnen obwaltet.

§. 8.

Die Patronen des historischen Standpunktes (7) sind aber selbst wieder unter sich nicht einig, so fern es auf die bestimmte Causalität ankommt, aus der sie den Ursprung des Staates zu erklären haben. Denn ein Theil der Selben geht von einer naturalistischen; ein anderer aber von einer supernaturalistischen Causalität aus. Jene flüchten wieder entweder zu den thierischen Trieben und Bedürfnissen der Menschen, als den physischen ersten Beweggründen derselben, sich einer Obergewalt zu unterwerfen, doch so, daß sie der Selbstentschließung der Menschen hierbey die Ehre lassen, das eigentliche efficiente Princip des Staates gewesen zu seyn; und darnach jene Beweggründe für sie nur natürliche Veranlassungen zu dieser ihrer Entschließung waren. Andere hingegen finden das bewirkende Princip des Staates in dem allgemeinen Weltorganism; und können hiernach der Willkür der Menschen an der Production des Staates nur in so fern einen Antheil gestatten, als sie dieselbe, selbst als Kind dieser organisirenden Weltcausalität, dazu von eben dieser Causalität wollen bestimmt seyn lassen. Unter den thierischen Trieben ist der Trieb zur Selbsterhaltung, und zum angenehmen Lebensgenusse, dessen Ideal die Glückseligkeit ist, der vorherrschende. Der Trieb der Selbsterhaltung führt in seinem Gefolge die Furcht vor Allem bey sich, was dem Leben oder auch nur dem frohen Genusse desselben Gefahr droht. Daher biethet sich eben diese Furcht als die primitiv - erste Naturveranlassung der Entschließung der,

zur Geselligkeit bestimmten, Menschen dar, sich, um Schutz gegen ihre Feinde zu gewinnen, dem Willen Anderer zu unterwerfen, deren Ueberlegenheit an Stärke sie entweder fürchteten, oder um Beschützung ihrer anflehten. Cicero bedient sich dieser Erklärung des Ursprunges des Staates, da er (offic. II 12) schreibt: „*Nam quum premeretur inops multitudo ab iis, qui majores opes habebant: ad unum aliquem confugiebant, virtute praestantem; qui quum prohiberet injuria tenuiores, aequitate constituenda summos cum infimis pari jure retinebat. Eademque constituendarum legum fuit causa, quam regum.*“ Und auch bey Seneca v), Hobbes w) und Puffendorf x) findet sich eine ähnliche Ansicht. Da übrigens der Trieb der Selbsterhaltung sich zum Triebe nach Wohleben von selbst erweitert, und der in extensiver, intensiver und protensiver Hinsicht gröfst mögliche Grad des angenehmen Lebensgenusses die Glückseligkeit ausmacht: so fallen auch die hierauf sich beziehenden Ansichten über die natürlichen Bestimmungsgründe der Menschen, sich einer Staatsherrschaft zu unterwerfen, wie sie bey Plato y) und Rousseau vorkommen, mit jener ersten in der Hauptsache zusammen.

§. 9.

Anlangend den Weltorganism, den Manche zum efficienten Princip des Staates defswegen gemacht haben, weil der Staat ein organisches Ganze sey, dessen Ursprung nur aus dem Organism des absolut Ganzen, der Welt, abgeleitet werden könne: so erhellet, dafs nach ihm der Staat in seiner Realität nur als ein Product der Natur, an dessen Vorhandenseyn die freye menschliche Willkür gar keinen Antheil hat, vorstellig gemacht, und hierdurch mit den Naturgewächsen, und der Thierheit auf gleichen Fufs gestellt werde. Eben hierdurch erhellet aber auch, dafs von einem rechtlichen Ursprunge desselben, und dafs er geeignet sey, Quelle von Rechten und Verbindlichkeiten zu seyn, so wenig die Rede seyn könne, als von einem rechtlichen Erzeugtseyn der besagten übrigen Naturorganismen; und dafs aus dem Wesen dieser sich Rechtsverhältnisse bilden. Denn die organisirende Natur-

v) Epistola XC.

w) De Cive cap. 1. 5.

x) L. VII cap. 1 §. 7.

y) De republica lib. II.

kraft zeigt sich überall nur nach Gesetzen der chemischen Synthesis und Analysis wirksam; und ihre Producte unterliegen daher immer nur, in ihren Bestimmungen, dem Gesetze der physischen Nothwendigkeit, in Kraft des natürlichen Ineinanderwirkens der Grundstoffe der, durch den vorgeblichen Weltorganism nicht geschaffenen, sondern ihm nur zur Unterlage dienenden Materien. Von Willkür, als einer sich aus und durch sich selbst mit Bewußtseyn bestimmenden Causalität kann so bey diesem Weltorganism die Rede nicht seyn. Da nun gleichwohl der Rechtsbegriff unausweichlich nur da seine Anwendung hat, wo sich frey gesetzte Handlungen im Coëxistenzverhältnisse des Handelnden zu andern seines Gleichen vorfinden; der Weltorganism aber, eben weil er Eigenschaft der Welt, als des Allinbegriffes der Dinge, die existiren, seyn will, in seinem Wirken zu nichts aufser sich im Verhältnisse der Coëxistenz gedacht werden kann: so muß folgen, daß auf ihn, und sein Wirken der Rechtsbegriff gar keine Anwendung hat, und sonach auch, wenn der Staat für ein Product desselben genommen wird, sich die Frage, ob er rechtlich entstanden sey, gar nicht aufwerfen läßt. Da aber auch weiters in dem Producte nicht mehr liegen kann, als in der producirenden Kraft enthalten ist; im vorgeblichen Weltorganism aber ex ostensis das Princip der Bildung von Rechtsverhältnissen nicht liegt: so muß eben so unausweichlich folgen, daß dieses Princip auch dem vorgeblichen Producte desselben, dem Staate, nicht inwohnen kann. So geht demnach, und muß die grundwesentliche Bestimmung des Staates, zur Möglichkeit der allseitigen Entwicklung der Vermögen und Kräfte des Menschen, und der ungestörten Realisirung seiner Zwecke eine Pflegeanstalt der sicheren Rechtsgeltung zu seyn, bey dieser Annahme seines Ursprunges aus dem Weltorganism verloren gehen; zum sichern Beweise daß diese Ansicht nicht Stich halten kann. Aber die Idee des Weltorganism selbst unterliegt auch noch der Quaestio, quid juris? und die Erklärung des Wie des Entstandenseyns des Staates aus demselben ist vollends gar noch von keinem Patron dieser Idee befriedigend gegeben worden. Die quaestio quid juris? besonders ist hier die Frage nach dem Grunde der Behauptung, daß das All der Dinge, Welt genannt, organisch sey, das ist, so beschaffen, daß jeder Theil dem Ganzen, und das Ganze jedem Theile, als Organ seiner Erhaltung, dient; sonach jeder Theil sowohl, als das Ganze, Mittel und Zweck zugleich ist. — Denn dieß ist der

richtige Begriff vom Organism schlechtweg, den selbst die Vertheidiger des Weltorganism gelten lassen müssen, wenn sie anderst diesen im Gegensatze des Weltmechanism (nexus cosmicus) verstanden wissen wollen, wie sie müssen, um nicht eine neue Blöfse zu geben. — Nun spendet die Erfahrung diesen Grund nicht, und kann ihn nicht spenden, eben weil sie nur im Gebiete der Sinnenwelt, und nicht in dem der Welt schlechtweg, heimisch ist, und daß selbst nicht alle Dinge der Sinnenwelt organische Gebilde sind, lehrt selbst schon die Naturgeschichte, als Kind der Erfahrung, durch ihre bekannte Abtheilung der natürlichen Körper in organische und unorganische z).

§. 10.

Der Grund jener Behauptung (9) müßte also rein aus der Vernunft selbst hergenommen werden. Aber die Weise wenigstens, nach welcher diejenigen Philosophen modernen Schlags, auf deren Füßen gewisse modernen Staatslehrer den Staat für ein Product des Weltorganism erklären, diesen Weltorganism vertheidigen, befriedigt nicht. Denn das Alleins Seyn dessen, was als Reales und Ideales auf dem Gebiete des reflectirenden Geistes im Gegensatze steht, ist die leitende Grundidee dieser Philosophen, und sonach das Fundament des von ihnen behaupteten Weltorganism. Aber daß die ihre Grundidee eine Legion anderer geistreichsten Denker wider sich habe, ist ihnen selbst eben so bekannt, als daß sie, von dieser Idee aus, die ihnen gestellten Gegen Gründe nicht beantworten können, wenigstens die genügende Antwort darauf jetzt noch schuldig sind. Wenn nun aber die Idee des Weltorganismus selbst noch des Beglaubigungsbriefes ihrer Realität bedarf, und auf das Product desselben, hinsichtlich seines Ursprunges, der Begriff des Rechts gar keine Anwendung hat: so kann wohl auch die Weise, nach welcher die Entstehung des Staates, und seiner Gesetze, unter Zugrundelegung dieser Idee, vorstellig gemacht werden mag, nicht befriedigend gefunden werden. Als ein Beyspiel dieser Weise würden wir vorzüglich die Ansicht gelten lassen, welche

z) Die unorganischen Körper für erstarrte — in ihrer Totalausbildung gehinderte — Organismen annehmen wollen, ist leerer Einfall, und läßt die nicht abzuweisende Frage zurücke, wie und wodurch es zur Erstarrung der organisirenden Weltkraft kommen konnte, und mußte.

in der schon oben genannten Theodicée, S. 78 folg. vom Staate aufgestellt ist, wenn der Verfasser nur selbst den Instinct der menschlichen Natur und das Durchbrechen desselben mittels des Uebergangs zur Cultur, als eine Wirkung des Weltorganism ausdrücklich vorher erklärt hätte. Doch da er selbst auch in die Betrachtung des Ursprunges des Uebels überhaupt und der Krankheit ins besondere aus dem kosmischen Standpunkte der Schiefe der Ecliptik eingeht, und überhaupt als Anhänger des oben berührten Identitätssystems der Philosophie dem Weltorganism nicht abhold, und hiernach der Betrachtung der thierischen Instincte, ja des ganzen Organism des Menschen, und der übrigen Thierwelt, als eines Kindes des Weltorganism, nicht eben Feind seyn kann: so befürchten wir nicht, daß er es uns verargen werde, wenn wir, unter dieser Voraussetzung, seine Ansicht vom Staate als ein, hieher beziehbares vorzügliches Beyspiel betrachten, und darüber unser Urtheil fällen. Wollte er aber etwa gar nicht diese unsere Stellung seiner Ansicht vom Staate unter den Begriff der Construction des Staates aus dem Weltorganism gelten lassen: so könnte er doch nicht umhin, sie wenigstens als eine Ansicht des Staates aus dem historischen Gesichtspunkte überhaupt gelten zu lassen, die sich nun auch die Prüfung in der Lehre vom Staate aus diesem Gesichtspunkte, sey es an dieser, oder an der andern (8) Stelle, gefallen lassen muß. — Nach dieser Ansicht wird gesetzt, „die Familienverhältnisse seyen die ersten, und eine „Familie wachse allmählig zum Stamme, und der Stamm zum Volke. Und nun wird behauptet, daß „alle Verhältnißbestimmungen unter der wachsenden Familie sich durch den Instinct setzen, bis erst durch spätere Cultur der Begriff erwacht. Der Instinct wird also die älterlichen, ehelichen, häuslichen und „Besitzverhältnisse bestimmen, und es wird diesen Menschen so lange kein „Bedürfnis eines Gesetzbuches entstehen, als sie die festen Normen, welche „der Instinct dictirt hatte, nicht verlieren. Diese können sie aber nicht anders verlieren, als durch erwachende Erkenntnis oder Cultur, und diese „wird sodann an die Stelle der verlornen Sitte jedesmal einen Begriff setzen, „und dieser Begriff von dem Stamm oder Stammhaupte dictirt heißt ein „Gesetz.“

Hiernach wäre also der Staat durch die Umwandlung der Natur in den Begriff gebildet, wie hiermit der Sprecher in dieser Theodicée Philipp S. 91 die Ansicht des anderen Sprechers Heinrich vom Staate dem dritten Eduard kurz wiedergibt; und die Staatsgesetze wären nur durch

die Cultur dictirte Surrogate der, durch den Instinct für die Lebensverhältnisse der Menschen gegebenen, aber durch den Uebergang zur Cultur verloren gegangenen festen Normen; und, wenn der Staat nun seine Vollendung erreichen soll, muß es mit diesen Surrogaten, als Begriffen, die, mittels ihrer Bezeichnung durch Worte, das Rechtswörterbuch der Nation ausmachen, dahin kommen, daß, wie Heinrich S. 88 sich ausdrückt, „fürhin nur der Begriff herrsche, nicht mehr der Gesetzgeber — und daß die Nation endlich ihr ganzes Wesen im Begriffe so klar durchschaue, wie man eine große Stadt in Panorama vor sich liegen sieht.“

§. 11.

Allein nun drängt sich die Frage von selbst auf, welche Grundlage die Begriffe haben, die von der Cultur an die Stelle des Instinctes unter dem Namen der Rechtsgesetze, gesetzt seyn sollen. Die feste Norm des Instinctes ist, nach der Voraussetzung, durch das Emporstreben zur Cultur verloren gegangen, wie auch schon Rousseau dieß behauptet, und eben deßwegen die Cultur selbst verdammt und die Rückkehr in den Naturzustand, als zum Zwecke der Glückseligkeit nothwendig, behauptet hat. Diese Instincts - Norm kann also das Substrat jener Begriffe nicht seyn. Aber sie kann dieses auch schon deßwegen nicht seyn, weil der Instinct rein der Thierheit angehört, und als solcher mit dem Rechtsgesetze gar keine Verwandtschaft hat. Er ist blind, und wirft sich auf Alles, was ihm zusagt, es mag vor dem Auge der Cultur nun recht oder unrecht seyn. Zum Beispiele dient der bis zur Erhitzung gesteigerte Geschlechts - Instinct; und der Selbsterhaltungs - und Freyheits Instinct der Wilden. Besagtes Begriffs - Substrat ist also entweder nur die Laune; und dann ist das Gesetz ohne verbindende Kraft; oder die Nützlichkeit; und dann ist alles Staatsrecht nur eine wächserne Nase, die sich in alle Formen paßt, oder eine Wetterfahne, die mit den Zwey und Dreyßig Winden in Harmonie steht; und von unwandelbaren Rechten und Verbindlichkeiten kann dann die Rede nicht seyn. Es muß also, als Substrat der Gesetze, der Nation, der Rechtsbegriff selbst gelten; und nur die Modificationen desselben richten sich nach dem Culturböhepunkte, den die Nation im Ganzen errungen hat. Der Staat schafft so nicht das Wesen des Rechtes; sondern setzt es voraus, und muß sich selbst die Beurtheilung gefallen lassen, ob das, was er als Gesetz dictirt, mit dem umwandelbaren Rechte an sich verträglich ist,

oder nicht. Von diesem unwandelbaren Rechte aber handelt das Naturrecht, und der, in besagter Theodicee sprechende, Heinrich hat daher durch seine Declamation wider das Naturrecht nur bewiesen, daß er von dieser Wissenschaft so wenig, als vom Rechte selbst einen richtigen Begriff hat. Auf gleichem Fusse des Raisonnements des Selben über den Staat würde es ein leichtes seyn, auch der natürlichen Tugendlehre den Stab zu brechen, und dadurch die ganze Moralphilosophie zu zernichten, was doch gleichwohl die Freunde dieses Heinrichs selbst nicht wollen, da sie ja selbst die practische Philosophie zum Thema öffentlicher Lehrvorträge wählen.

§. 12.

Anlangend den Standpunkt der supernaturalistischen Causalität des Ursprunges des Staates, (8) so hat er in der Behauptung statt, daß die Staatsgewalt ein Institut der Gottheit sey. Freunde findet diese Behauptung zunächst unter denjenigen, welche dem Satze huldigen: das Recht wird durch den Staat gegeben. Denn dieses angenommen; biethet sich zur Erklärung des Ursprunges des Rechtes, den Staat zu beherrschen, welches die Legitimität der Fürsten (Staats - Vorsteher) bestimmt, der Rückgang zur Gottheit selbst leicht dar. Denn wenn alles Recht allererst vom Staate ausgeht; so muß dieß auch ebenmäfsig vom Rechte auf die Staatsherrschaft gelten. Der Staat muß also, als das Begründende dieses Rechtes, diesem Rechte selbst, als dem Begründeten, vorhergehend gedacht werden. Aber zum Staate gehört wesentlich die Herrschergewalt; in Beziehung auf welche die Bürger Unterthanen sind. Sonach kehrt auch für den Staat, von welchem das Recht zu herrschen ausgehen muß, wenn der Satz, daß das Recht überhaupt vom Staate ausgehe, sich soll halten können, die Frage zurücke, woher eben dieses, ihm, als dem Prius, schon wesentlich anhängende, Recht zu herrschen stamme. Da nun nicht zu einem, über dem Staate stehenden, anderen Staate, als der Quelle dieses Rechtes, geflüchtet werden kann, weil das Untergeordnetseyn der Idee des Staates, als eines selbstständigen Ganzen, widerspricht; auch dem übergeordneten Staate das Herrscherrecht ebenmäfsig inwohnt, und somit auch auf denselben die Frage nach dem Ursprunge des Herrscherrechts, ins unendliche fort, zurückefällt: so bleibt den Vertheidigern des Satzes, daß das Recht durch den Staat gegeben werde, nichts übrig, als den absoluten Schlussstein

der Reihe der bedingt existirenden Dinge, die Gottheit, zum unmittelbaren Existentialgrund des Staatsbeherrschungsrechtes, oder der Legitimität der Fürsten zu machen. Denselben gelten hiernach, und müssen selbst auch alle diejenigen Bibelstellen *a)*, welche die Staatsobrigkeit für eine Anordnung Gottes erklären, eben so, wie denen, die der Meinung sind, daß die Anfänge der Geschichte nur aus der Bibel gezogen werden könnten, als Stellen gelten, die buchstäblich dahin zu verstehen seyen, daß die Staatsherrschergewalt unmittelbar durch Gott eingesetzt worden sey.

§. 13.

Aber so sehr wir auch diese Ansicht (12) für vortrefflich geeignet halten, die innigste Vermählung der Divinität mit der Majestät im Character des Staatsherrschers vorstellig zu machen; und so sehr wir auch überzeugt sind, daß in dieser Vermählung, wenn sie nicht bloß in der Idee der Dichter und Panegyriker, sondern in der That, hinsichtlich des Kopfes und des Herzens des Staatsbeherrschers, Statt hat, das Ideal der Garantie für die Unterthanen gegeben sey, daß aus dem Wirken der Staatsherrschergewalt nur ihr wahres Beste hervorgehen könne: so wenig können wir, ohne unserer Ueberzeugung untreu zu werden, und so uns wider den heiligen Geist der Divinität selbst gröblichst zu versündigen, dieser Theorie beystimmen. Im süßesten Gefühle des hohen Glückes, welches Baierns Bürgern durch die erhabene Weisheit ihres Allerhöchsten Staatsoberhauptes

Maximilian Joseph's

unter andern großen Gütern, welche ihnen das, von Geistes- und Gemüths-Divinität ächten Korn ausgeflossene, unsterbliche Geschenk der Constitution gewährt hat, dadurch zu Theile geworden ist, daß sie sich unter dem großmächtigsten Schutze dieses Allerhöchsten Staatsoberhauptes einer vernünftigen Denk- und Pressfreyheit zu erfreuen haben; und so nicht gefährdet sind, je zum Schicksale des Sees, der durch gehemmten Wechsel seines Wassers in Fäulniß und Moder übergeht, verurtheilt zu werden; tragen wir kein Bedenken, unsere Gründe wider diese Theorie (12) ohne Rückhalt vorzutragen. Sie sind folgende:

a) Rom. XIII 1—2. Joh. XIX 11. Sap. VI 4. 5. Proverb. VIII 15. I Sam. IX 16. II. Sam. XII, 7—8. Dan, V. 18.

§. 14.

a) Der Grundirrtum (*πρωτον ψευδος*) dieser Ansicht und Argumentation (12) ist die Annahme, daß das Recht vom Staate ausgehe. Den Hauptgrund dieses unseres Urtheils haben wir bereits schon oben (§. 3 l) angewinkt. Der Begriff des Rechtes nemlich wurzelt in der ursprünglichen (aus nichts höherem in der Natur des Menschen ableitbaren) und eingebornen Vernunftanlage des Menschen; verbunden mit der eben so ursprünglichen und eingebornen Anlage desselben zur Freyheit, und zur Geselligkeit; wie wir dieses schon oben (§. 6) dargethan haben. Man nennt diese Anlage zur Vernunft und Freyheit die Persönlichkeit des Menschen, und zwar die practische, weil auf ihr die Autonomie des Willens beruht, und das Wort Persönlichkeit auch noch die psychologische Bedeutung der, bey allem Wechsel der Zustände des menschlichen Körpers unwandelbaren, numerischen Einheit der denkenden, fühlenden und begehrenden Substanz desselben, Seele genannt, in sich enthält. Nun ist es unwidersprechlich gewiß, daß Menschen gegeben seyn müssen, bevor der Staat existiren kann. Auch unwidersprechlich gewiß, daß das Geborenwerden derselben außer dem Staatsverbande nicht minder, als in demselben, nach Gesetzen des Triebs, und des Organism der Thierkörper, von Statten gehe. Die mit der Geburt des Menschen so fort gesetzte practische Persönlichkeitsanlage desselben muß also ebenmäßig auch in ihrer Existenz für unabhängig vom Staate gehalten, und der Staat umgekehrt durch sie für bedingt angesehen werden. Sonach muß auch der, durch die Persönlichkeit so fort begründete Rechtsbegriff für einen Begriff erklärt werden, dessen Realität nicht erst vom Staate ausgeht, sondern umgekehrt demselben, wie die Persönlichkeit selbst, vorhergeht. Dazu kömmt, daß auch das Coëxistenzverhältniß der Menschen auf dem Erdenrunde ein nicht durch den Staat, sondern durch die natürliche Rundheit des Erdkörpers gegebenes Verhältniß ist; kraft dessen, weil die Oberfläche dieses Körpers, als natürlichen Wohnortes der Menschen und Thiere, eine in sich zurücklaufende Fläche ist, die Menschen und Thiere sich nicht völlig entlaufen, sondern nur einander ausweichen können, um anderswo wieder auf einander zu stoßen. Für dieses natürliche Coëxistenzverhältniß aber schon, und sey es auch nur das zwischen zwey Menschen auf einem Eilande, die man, ohne sich lächerlich zu machen, nicht einen Staat nennen kann, will der Rechtsbegriff, als Regel, dienen, damit die Freyheit der Willkür eines jeden mit der eines jeden andern, und so die

Freyheit der Willkür überhaupt mit ihr selbst bestehen könne. Auch befinden sich in diesem Coëxistenzverhältnisse nicht bloß einzelne Menschen, sondern selbst auch die Staaten gegen einander, wie sie die Wirklichkeit, als von einander unabhängige, aufzeigt. Auch für diese, als einzelne moralische große Personen, will nun der Rechtsbegriff gelten; und zwar in einem Sinne verstanden, den nicht dieser, oder jener Staat, sondern den die allgemeine Menschenvernunft gibt. Denn das Recht, zu urtheilen, ob z. B. der Krieg, mit dem ein Staat den andern überzieht, gerecht sey, läßt sich die allgemeine Menschenvernunft nicht nehmen; auch sich nicht zwingen, bey dieser ihrer Beurtheilung denjenigen Rechtsbegriff zu Grunde zu legen, nach welchem der, den Krieg erklärende Staat, sein Benehmen für rechtlich hält; sondern sie geht vielmehr vom Rechte überhaupt aus; und entscheidet, mittelst der Subsumtion der besonderen Verhältnisse darunter, in welchen diese beyden Staaten zu einander stehen, ob der Krieg mit Recht angefangen worden sey, oder nicht. Der Satz ist also falsch; daß das Recht vom Staate ausgehe; und nur dieser wahr, daß der Staat dem, unabhängig von ihm gültigen Rechtsbegriffe auf alle Verhältnisse, unter denen er als Staat existirt, Anwendung und Bestimmung gibt, und diese seine Bestimmungen des Rechts auch gegen jede Verletzung schützt, und zu schützen hat.

§. 15.

b) Nach besagter Theorie (12) ergibt sich die absurde Folge, daß die Legitimität des Fürsten nur so lange bestehe, als es ihm möglich ist, sich auf dem Staatsthron zu behaupten, das ist, sein Staatsbeherrschungsrecht gegen jeden Angriff durch überlegene Macht geltend zu machen. Denn läge die Unmöglichkeit, den Angriff abzuschlagen, im unbesiegbaren Vereine der Zeitumstände; und gelänge es eben hierdurch einem Andern, sich auf den Thron zu schwingen, und auf demselben, lang oder kurz ist gleichviel, zu behaupten: so könnten die Patronen des hier fraglichen Supernaturalism nicht umhin, ohne inconsequent zu werden, nach ihrer Grundidee anzunehmen, daß weil dieser Concur von Umständen unter Zulassung Gottes eingetroffen ist, ihnen über die Rechtlich- oder Widerrechtlichkeit dieses neuen Thronbesitzes so wenig, als über diese Zulassung Gottes selbst, und über die Rechtlich- oder Widerrechtlichkeit der Herrschergewaltseinhabung des vorigen Fürsten ein Urtheil zustehe, und daß daher auch dieser neue Throninhaber für einen

legitimen Staatsherrscher zu halten sey. Wirklich hörte der Verfasser einmal an einer ausländischen Universität, unter Leitung besagter Ansicht des Ursprunges der Staatsherrschergewalt, diese Lehre dahin vortragen, daß wenn auch Gewalt, oder List den vorigen Regenten entthront, und einem Andern das Staatsruder verschafft hätte; und wenn auch die drückendste Despotie den Thron inne habe, die Legitimität dort so gut als hier statt habe. Allein das Aburde dieser Behauptung springt dadurch in die Augen, daß bey ihr das Recht mit der Macht, es geltend zu machen, und zu behaupten, auf das irrigste vermengt ist. Denn so haben wir das Faustrecht, gepaart mit Gottes Orthalien - Rechte, aus den Zeiten der Rohheit, jenes als Empörung der Vernunft, und dieses als Fratze des Aberglaubens, von welcher der Duell - Hang ausgegangen ist. Das Recht im subjectiven Sinne, als Attribut einer Person, ist zwar identisch mit der Befugniss, zu zwingen, wie Kant *b)* auf das bündigste gezeigt hat. Aber wozu Befugtseyn, ist nicht eins mit dem physisch Vermögendseyn, das Befugte durchzusetzen, weil die physische Kraftüberlegenheit zur Naturcausalität gehört, die der Freyheitscausalität, auf die das Rechthaben hindeutet, nicht zur Regel dienen kann, weil beyde Causalitäten specifisch verschieden sind.

§. 16.

c) Nach dieser Ansicht (12) könnte vom Tadel, den die Geschichte den Handlungen gewisser alten Staatsherrscher entgegen stellt, und bey welcher Geschichte, als der unpartheiischen Richterin, selbst alle edel denkenden europäischen Fürstensöhne, die zur Staatsherrschaft auserkoren sind, in die Lehrschule zu gehen, zu ihrem allgemeinen Ruhme in der cultivirten Welt, sichs angelegen seyn lassen, nur gesagt werden, daß er unrecht wäre; und daß folglich auch alle Klassiker, die solche Thaten zur Schande ihrer Urheber als Abscheulichkeiten schildern; oder ihrer auch nur, nach der Regel des Contrastes, mißbilligend Meldung thun; wie Beyspiele für beydes in den Meisterwerken des Tacitus *c)*, Suetonius *d)*, Plinius *e)* u. a in Beziehung auf Tiberius, Nero, Domitian, Caligula u. a. genug vorkommen, als dem

b) Methaph. Anfangsgründe der Rechtslehre (Königsberg 1797) S. XXXV.

c) Annal. XVI. 24 folg. I. 72 folg. Julii Agricolaë vita im Eingange.

d) Vita Neron. Tiberii Caligul. Domit. etc.

e) Ep. I. 5. III, 41. VII, 19.

Rechte dieser Staatsherrscher zu nahe tretend, der Kurzsicht und Ungerechtigkeit zugleich bezüchtigt, und aus den Händen der Leser vertilgt werden müßten, um diese Ungerechtigkeit nicht länger bestehen zu lassen, und um zugleich zu verhüten, daß die liebe Jugend mit dem Gifte ihrer Schilderungen nicht weiterhin angesteckt werde. Ob weiters, wenn das Staatsbeherrschungsrecht als ein unmittelbar von Gott dem Inhaber desselben gegebenes angesehen wird, von einem natürlichen (philosophischen) Staatsrechte; von einer Philosophie des Rechts; und von solcher Staatsverfassung, zu der das Volk seine Zustimmung zu geben hat, consequenter Weise noch die Rede seyn könne, ist so leicht zu beurtheilen, daß wir hierüber jedes Wort für überflüssig halten.

§. 17.

d) Da die Bibel in ihrem Anspruche auf göttliche Auctorität durch nichts empfindlicher angegriffen werden kann, als durch den Vorwurf, daß sie Lehren enthalte, die in ihren Folgen der Vernunft sich nur als Absurditäten darstellen; dergleichen die angeführten sind: so läßt sich schon hieraus entnehmen, daß selbst den rechtgläubigsten biblischen Theologen die oben genannten und alle etwa noch übrigen Bibelstellen, die die Staatsherrschergewalt für eine Einsetzung Gottes erklären, nicht als von einer unmittelbaren Einsetzung Gottes, sonach nicht als von einem für die Geschichte sich eignenden Factum sprechende gelten können. Nur von einer mittelbaren Anordnung der Staatsherrschergewalt durch Gott kann daher in ihnen für den Zweck des hier fraglichen geschichtlichen Gesichtspunktes über den Ursprung der Staatsherrschergewalt die Rede seyn; sofern darunter die göttliche Lenkung des Weltlaufes überhaupt als eine solche verstanden wird, durch die gerade diejenigen Verhältnisse für die Menschen gegeben worden seyen, die hinreichend waren, um sie zu veranlassen, durch selbst eigenen freyen Entschluß das Verhältniß des Gehorchenden zum Gebiethenden, des Unterthans zum Herrscher unter sich einzuführen; so daß die Errichtung der Staatsgewalt nicht Mehr, als der Inbegriff der übrigen menschlichen freyen Handlungen, die zur wahren menschlichen Wohlfahrt beytragen, von für Gott gebilligt, und unterstützt angesehen wird. Und hiefür spricht deutlich genug selbst auch die Bibel z. B. im ersten Briefe Petri *f)*, wo es heißt: „seyd jeder

f) Cap. II 13. 14.

„weltlichen Obrigkeit um des Herrn Willen (d. i. aus Religionspflicht) unterthan, sowohl dem Könige, als dem höchsten Oberherrn; als auch der von ihm zur Bestrafung der Missethäter und zum Lobe der Rechtschaffenen bestellten Statthaltern.“ Allererst im Verlaufe werden wir zeigen, daß diese Bibelstellen auch aus dem Standpunkte der idealen Vernunftansicht des Ursprunges des Staates gedeutet werden können; und daß hiernach dieselbe Pflicht, der Staatsobrigkeit in Allem Treue und Gehorsam zu beweisen, welche nach jenen Stellen, als Gebot Gottes vorstellig gemacht ist, zunächst als Rechtspflicht sich ergibt, die dann mittelst eines weiteren Gebotes der ethisch practischen Vernunft auch als Tugendpflicht, und in letzter absoluter Instanz als Religionspflicht vorgestellt werden kann, und muß. Bemerkenswerth ist es, daß die Annahme, durch die oben besagten und alle anderen Bibelstellen, in denen es heißt, daß Gott den Menschen Könige gebe, werde die Staatsherrschergewalt für eine unmittelbare Anordnung der Gottheit erklärt, niemand willkommener seyn könne, als denen, die vom Geiste der alten Curialisten Roms beseelt sind, welcher wollte, daß der römische Pabst, als Gottes Stellvertreter auf Erden, (*Vicarius dei in terris*) nicht nur das Recht habe, die Kirche Gottes zu regieren, sondern auch das Recht, die Staatsherrscherkronen zu verleihen, nach dem Verse: *Petrus dedit Petro; Petrus diadema Rudolpho*; und in Folge dessen die Quelle der Gesetze sey, nach welchen selbst auch die Staatsgeschäfte zu behandeln und die Strittigkeiten zwischen Fürst und Volk zu schlichten seyen. Wie kräftig aber die Fürsten selbst jener Zeit, nach Karl dem Großen, wo diese Lehre aufgestellt wurde, sich den darnach gemodelten Schritten der römischen Päbste widersetzt haben, ist aus den Fehden bekannt, welche unter Philipp dem Schönen g), Ludewig dem Baier h), Heinrich dem IVten und Vten, Friederich dem Iten und IIten mit den römischen Päbsten geführt worden sind i).

§. 18.

Wir kommen nun an die practisch-juridisch-ideale Ansicht des Ursprunges des Staatsbeherrschungsrechtes (7), als diejenige, die wir zur

g) S. Baillet *histoire des demelés du Pape Boniface VIII avec Philippe le bel Roi de France*. Paris 1718.

h) S. Sim. Schard *Syntagma tractatum de imperiali jurisdictione, auctoritate et praeminentia imperii atque juribus regni*. Basil. 1566.

i) S. Pütter *litteratur des deutschen Staatsrechts*.

Begründung dieses mit Majestät (2) begabten Rechtes, für die auf den Boden des philosophischen Staatsrechtes einzig passende erklären. Die Momente derselben sind:

a) Die Existenz des Staates ist durch die Existenz der Vielheit von Menschen bedingt; und wird durch diese Vielheit nicht schon so fort mitgegeben; weil dem Staate das Verhältniß des Gebiethenden zum Gehorchenden, des Herrschers zum Unterthan, wesentlich eigen ist; die Art und Weise der Personification des Herrschers mag seyn, welche sie will, die monarchische oder die Polyarchische, und diese wieder entweder die aristokratische, oder die demokratische k): dieses Verhältniß aber nicht schon so fort durch die Geburt des Menschen mitgegeben wird; weil jeder Mensch mit jedem andern, hinsichtlich der eingebornen Persönlichkeit, als Urprincip der Rechtsfähigkeit, auf dem Fusse der Gleichheit steht. Dieses Verhältniß muß also, um unter die Idee des Rechts subsumirt werden zu können, als durch ein rechtliches Factum begründet gedacht werden, gerade wie das Recht auf Leistungen überhaupt auch nicht ein mitgebornes (*jus hominis connatum*) ist, sondern nur durch die rechtliche Handlung des Vertrags gegeben wird.

Da in Folge dessen die Existenz der Menschen auch als eine außerstaatsbürgerliche mit Grund gedacht werden kann; ja, als solche selbst der Frage nach dem Ursprunge des Staates zu Grunde liegt: so ist die Idee des sogenannten Privat- d. i. des außerbürgerlichen Zustandes der Menschen, als Gegenstücks des öffentlichen (bürgerlichen) Zustandes nicht ein Gebilde der Dichtung l); sondern real, als durch die Vernunft selbst gegeben.

k) Man nennt die Weise der Personification der Staatsherrschergewalt die Staatsform; und diese kann, als einfache, nur eine der drey genannten seyn. Der Grund ist, weil die ursprüngliche quantitative Reflexions-Kategorie des menschlichen Geistes auch nur eine dreyfache ist, die der Einheit, Vielheit, und Allheit. Von der Staatsform ist die Regierungsform darin unterschieden, daß diese den Geist bezeichnet, in und mit welchem die Staatsherrschergewalt überhaupt sich wirksam zeigt. Und dieser Geist, als etwas qualitatives, kann nach dem Princip der Ausschließung nur ein zwiefacher seyn, entweder ein guter, nur auf das Beste des Staates gehender, und in sofern ächt republicanischer (im Sinne des Ausdruckes „*res publica*“ bey den Römern); oder ein nicht guter.

l) Die Ansichten Hobbes (*de cive*), Rousseau's (*sur l'origine de l'inégalité parmi les*

§. 19.

b) Der Privatzustand der Menschen ist nun zwar, wie auch schon Kant bemerkt hat, nicht ein ungerechter (injustus); weil die Idee desselben die wirkliche Verletzung der Menschen, in ihrem Coëxistential-Verhältnisse, gegen, und durch einander nicht wesentlich in sich schließt: aber doch ein rechtsloser (justitia vacuus), so fern es ihm an einem zureichenden Princip der Theilhaftigmachung eines jeden an seinem Rechte gegen jeden anderen mangelt. Denn diese Theilhaftigmachung fordert die richtige Bestimmung des Rechtes des einen gegen den anderen; und die zureichende Kraft, dasselbe geltend zu machen. Gerade an diesen beyden Erfordernissen der sicheren Rechtsgeltung fehlt es aber in dem Privatzustande der Menschen. Denn jeder ist da sein eigener Rechtssprecher, und zugleich auch sein eigener Rechtsschützer; eben weil es noch an einer öffentlichen Rechtsnorm, die alle, als eine ebenmäfsig sie verbindende, anerkennen, und an einer öffentlichen Rechts-Schutzkraft mangelt. Setzt man nun auch die Menschen noch so rechtsliebend, und mit Hugo Grotius noch so friedlich und verträglich gegen einander: so kann doch keiner sich über das natürliche Beschränktseyn seines Kopfes erheben, und vor dem dadurch möglichen Irrthume in der Beurtheilung seines Rechtes sicher stellen. Bey dem besten Willen Alles gegen Alle, einander nicht Unrecht zu thun, kann daher doch jeder von jedem in seinem Rechte verletzt werden. Auch kann der, der sich sein Recht richtig gesprochen hat, es doch nicht auf jeden Fall durchsetzen. Denn über das Mafs seiner physischen Privatkraft kann auf Seite seines Gegners ein grösseres Statt haben, dem er, im Zustande des ihn Zwingenwollens, unterliegen müfste. Der Privatzustand führt hiernach den Keim der Befehdung Aller gegen

hommes), Puffendorfs (de jure naturae et gentium lib. II), vom Naturstande des Menschen, deren die erste den Menschen im Naturstande bloß als ein selbstsüchtiges thierisch kluges Wesen darstellt, und so die Vernunft in ihm ganz aufhebt; die andere aber ihn als ein Wesen annimmt, welches gegen die Moralgesetze gleichgültig ist, und nur physische Anlagen besitzt, welche die moralische Vernunft unterstützen können, z. B. die Sympathie; und die dritte den Menschen zwar auf die moralischen Gesetze achten läßt, aber keinen deutlichen und bestimmten Begriff von moralischer Vernunft enthält, sind für die Rechtslehre völlig unbrauchbare Hypothesen, wie schon K. H. Heydenreich in seinem Systeme des Naturrechts I. Th. Leipzig 1794. Einleit. §. 17—24 vortrefflich angemerkt und erörtert hat.

Alle bey sich; und Thomas Hobbes nannte ihn, in diesem Sinne, mit Recht einen *Status belli omnium in omnes*. m)

§. 20.

c) Nun will, und muß aber die Vernunft um ihrer selbst willen die gesicherte Geltung des Rechtes wollen. Denn all' ihr Wirken nach Zwecken, so fern es ein Handeln nach Aufsen ist, welchen Character selbst auch ihre, zunächst auf die Bestimmung der Herzensgesinnung gehende, ethische Wirksamkeit vielseitig anzunehmen nicht umhin kann, ist durch die Geltung des Rechts bedingt, als der Regel, nach welcher allein der Gebrauch der Freyheit der Willkür im Coëxistentialverhältnisse der Menschen mit sich selbst bestehen kann. Und da der absolute Existentialgrund des Wesens der menschlichen Vernunft in Gott liegt; so hat besagtes Wollen der Vernunft selbst auch in Gott seine absolute Wurzel, und dasselbe kann nun auch mit Recht, als Wille Gottes vorstellig gemacht werden, wornach dann unschwer auch das diese Rechtsgeltung bewirkende, Organ, als von Gott ausgehend, nach der Sprache der oben angeführten Bibelstellen, betrachtet werden kann.

§. 21.

d) Die Vernunft will und muß daher auch wollen, daß an die Stelle des besagten Privatzustandes der Menschen ein Coëxistentialzustand derselben von der Art gesetzt werde, daß in ihm das erklärte, im Privatzustande vorfindliche, doppelte Hinderniß der sicheren Rechtsgeltung wegfalle. Und da nun dieß nur dadurch möglich ist, daß statt der Privatnormen, nach welchen sich im Privatzustande ein jeder selbst sein Recht bestimmt, öffentliche, d. i. für alle ebenmäßig gültige Normen festgesetzt und angenommen werden, und daß weiter sich die Privatschutzkräfte der Einzelnen zur Bildung einer, jeder Behinderung der Geltung des, durch jene Normen bestimmten, Rechts gewachsenen öffentlichen Schutzkraft vereinigen; ein solcher Coëxistentialzustand aber der bürgerliche heißt, und dieser, so fern die Subjecte desselben als eine, in sich selbst beschlossene, Totalität betrachtet werden, die Idee des Staates gibt: so ist die erklärte Forderung der Vernunft, „das

m) de cive: status hominum naturalis, antequam in civitatem coiretur, bellum fuit omnium in omnes.

Recht soll gelten“ identisch mit der Forderung: es soll ein Staatsbürgerlicher Zustand gegründet werden.

§. 22.

e) Da nun aber das Hergestellt werden sollen eines Staatsbürgerlichen Zustandes noch nicht ein Herstellenwollen eben dieses Zustandes auf Seite der Menschen ist; vielmehr dazu die freywillige Aufnahme jenes Sollens in die Maxime der Willkür erfordert wird, und da weiters, damit es von dem Wollen zur That komme, dieser Act der Aufnehmung jenes unbedingten Sollens in die Maxime der freyen Willkür auf Seite Aller, die Glieder des Staates seyn wollen, Statt haben, und ein gegenseitig an einander erklärter, und von einander angenommener seyn muß; und zwar die Erklärung sowohl, als die Annahme im juridischen Sinne genommen, wo jene als Versprechen d. i. als Erklärung gilt, daß jeder Einzelne allen Uebrigen, den Staatsbürgerlichen Zustand wollenden, zur gemeinsamen Beywirkung zur Stiftung und Erhaltung desselben verbindlich d. i. ihrem Zwange unterworfen seyn wolle; und die Annahme die Erklärung ist, daß jeder gegen jeden dieses Zwangsrecht haben wolle: aus dieser Zusammenstimmung (consensus) des Willens Aller aber der Vertrag hervorgeht: so ist augenfällig, daß aus dem hier fraglichen, juridisch - practisch - idealen Gesichtspunkte der Staat nur als durch Vertrag entstanden vorstellig gemacht werden kann. Denn es kommt dabey zuvörderst auf die Bildung einer Gemeinsamkeit (communitas) des Willens an, an die Stelle des Privatzustandes den Staatsbürgerlichen zu setzen, und diese Gemeinsamkeit des Willens ist bedingt a) durch den Willensact eines jeden, aus dem Privatzustande zu treten, und Mitglied eines Staatsbürgerlichen zu werden; welcher Wille, wenn er in Vielen wirklich Statt hat, zwar seinem Gegenstande nach, ein und derselbe Wille ist, d. i. Einheit hat; aber doch nur in den Vielen zerstreut existirt, und daher nur als distributive Einheit gelten kann, die zur Realisirung des Staatsbürgerlichen Zustandes selbst nicht zulangt b) durch die Erklärung dieses ihres Willens von Seite der Vielen, in denen er als ein und derselbe Wille existirt, gegen und aneinander; diese Erklärung als Versprechen im besagten juridischen Sinne des Wortes genommen, wo nicht schon jedes *dictum* ein *promissum* ist: c) durch die Acceptation dieser Erklärung von Seite Aller gegen Alle; die Acceptation wieder juridisch genom-

men; als Act, der mit dem Promissionsacte, auf dem Gesichtspunkte der, für beyde Acte gleichgeltenden Idee des Rechts, in Eins zusammenfällt, weil in der Idee des Rechts die Zeit kein Moment ist, durch den ihre Gültigkeit afficirt wäre n), und sonach als acceptirter Promissionsact, d. i. als absolute Einheit beyder Willensacte gelten muß, kraft welcher nun der Wille des Promittenten nicht mehr als ein, in die Rechtssphäre desselben allein gehöriger, betrachtet werden kann, sondern gelten muß als Wille, der auch der Rechtssphäre der Acceptanten unterworfen ist; und so umgekehrt auch der Wille der Acceptanten nicht mehr ihnen allein zur Disposition angehört, sondern ebenmäßig auch von der Rechtssphäre der Promittenten umschlossen ist; ähnlich der Bewegung der Bombe im Scheitelpunkte der Parabel, als welche, wie der Scheitelpunkt den beyden Aesten der Parabel, der Bewegung aufwärts, und abwärts gemeinschaftlich angehört.

§. 23.

Wenn nun hierdurch (22) schlagend nachgewiesen ist, daß, um den Ursprung des Staates als einen rechtlichen darzustellen, nur die Idee des Vertrags als regulative gelten kann: so ist schon zum voraus klar, daß es mit den Einwendungen nichts zu sagen haben könne, welche Andere, besonders die Patronen des kosmisch- und supernaturalistisch-historischen entgegengesetzten Gesichtspunktes dawider vorgebracht haben. Eine Haupteinwendung besteht darin, daß der Staatszweck ein nothwendiger sey, sonach sich zum Artikel des Vertrags nicht eigne, weil alle Vertragsgegenstände der Sphäre der Willkür des Menschen angehören. Allein die Nothwendigkeit des Staatszwecks ist und

n) Diesen Punkt übersehen Alle, die an der naturrechtlichen Gültig- und Wirksamkeit des Vertrags deswegen zweifeln, weil die beyden Willenserklärungen der Paciscenten, das Versprechen, und die Annahme, als Acte in der Zeit immer nur aufeinander folgen; ienes sonach in einen Zeitmoment fällt, der schon vorüber ist, wenn und wann diese (die Annahme) folgt; und daher keine Einheit für sie möglich zu seyn scheint, von der doch gerade das Wesen des Vortrags abhängt. Das Grundgebrechen in dieser Ansicht ist, daß die Zeiteinheit, statt der rechtlichen (idealen, oder intelligibelen), Einheit, für nothwendig gehalten wird, um den Vertrag als einen naturrechtlich wirksamen Act darstellen zu können; und in diesem Irrthume scheinen selbst auch die Römmer Juristen befangen gewesen zu seyn, als sie den Strohealm (stipula) — zum Mittel, das in Eins zusammenfallen des Versprechens und der Annahme zu bewirken, gewählt, und hierdurch dem stipulari die Bedeutung des Wortes pacisci gegeben haben.

kann hier nicht als eine physische, sondern nur als eine practische gelten, wie diese durch jeden sittlichen Vernunftimperativ „Du sollst“ sich ausspricht. Denn auf dem Gebiete der Natur (*φύσις*) kann vom Wirken nach Zwecken so lange nicht die Rede seyn, als man nicht bündig nachzeigt, daß die Natur eine Intelligenz ist. Denn da der Zweck der Gegenstand ist, dessen Vorstellung die handelnde Kraft bestimmt, und leitet; und dessen Wirklichkeit in die Zukunft fällt; die nach Zwecken handelnde Causalität sonach das Vermögen haben muß, die Zukunft in Verbindung mit der Gegenwart zu durchschauen, und die Regel des Wirkens sich selbst zu entwerfen, und vorzustellen, um das Kind der Zukunft sicher zu gebären; dieses Vermögen aber offenbar nur der Intelligenz zukömmt: so ist augenfällig, daß, um im eigentlichen Sinne die Naturcausalität eine nach Zwecken wirkende nennen zu können, die Natur selbst als intelligent gesetzt werden müsse. Allein woher nun den Beweisgründung hiefür nehmen? aus der Erfahrung? aber diese zeigt überall nur Spuren der mechanischen Naturordnung, kraft welcher alles, was geschieht, durch ein anderes Ding, welches vorhergeht, gewirkt, und dieses andere wieder durch ein vorhergehendes, ins unendliche fort, zum Wirken bestimmt wird. Ein aus und durch sich selbst Handeln, welches der, nach Zwecken handelnden, Causalität eigen ist, kömmt da überall nicht vor. Der Grundcharacter des Natursubstantialen ist ja die todte Beharrlichkeit, kraft welcher dasselbe, als Materie im Raume, bey allem Wechsel der Erscheinungen, als seiner Zustände, immer dasselbe ist, und seine Stelle nur durch Anziehung, Zurücketreibung, und Stofs verändern kann. Und wenn man dieses Natursubstantiale aller seiner Bestimmungen, die auf Zeit und Raum hindeuten, und nur durch diese sinnig sind, beraubt: so bleibt ihm nur noch das Seyn schlechtweg, ohne alle Bestimmung übrig, wonach es für unser Erkenntniß so viel, als ein nicht Ding (*ὄν ἐν*) ist. Und gerade auf diesem Todtseyn der Materie im Raume, dessen Widerspiel der Leibnizische Hylozoism (von *ύλη* materia, und *ζωή*, vita) ist, beruht die wissenschaftliche Sicherheit der Naturwissenschaft (Physik), als Wissenschaft der körperlichen Natur, hinsichtlich des in ihr geltenden Causalzusammenhangs der Dinge (*nexus effectivus*) wie schon Newton eingesehen hat, der eben deswegen das sogenannte Trägheitsgesetz (*lex inertiae*) zur Dignität eines fundamentalen der Mechanik der Natur erhoben hat. Denn dieses Gesetz will, daß ein jeder Körper beharre in seinem Zustande der Ruhe, oder Be-

wegung, in derselben Richtung und mit derselben Geschwindigkeit, wenn er nicht durch eine äußere Ursache genöthigt wird, diesen Zustand zu verlassen. Die sogenannte teleologische Seite der Natur kann also nicht als ein Stück der Naturwissenschaft, und der, sie bedingenden Erfahrung gelten; vielmehr ist sie nur eine ideale Ansicht derselben, so fern der Naturbegriff der Materie aller seiner sinnlichen Bestimmungen entblößt, und zur Vernunftidee des Seyns an sich gesteigert, und nun nach dem Typus der Idee der Seele, als einer absolut denkenden und wollenden Substanz erwogen und bestimmt wird o). Aber dann ist die hier fragliche Nothwendigkeit des Zwecks des Staates auch nicht mehr eine Naturnothwendigkeit (eine physische), sondern eine practische (aus dem Gesetze der Freyheit hervorgehende), die in Beziehung auf den Menschen, als pathologisch afficirtes Vernunftwesen, nur das besagt, daß er den Zweck des Staates wollen solle; welches Sollen aber offenbar den Zweck des Staates, bey all' seiner objectiven practischen Nothwendigkeit, doch nur als einen subjectiv zufälligen, d. i. als einen Artikel der menschlichen Willkür darstellt. Die schon oben erklärten weiteren Momente, die die Abstammung des Staa-

o) Daß aber nach dieser idealen Ansicht der Natur mit den sinnlichen, auf Raum und Zeit berechneten, Prädicaten der Materie auch die gesammte Mathematik und Physik; und ihr Fortsatz, die Medizin; ja alle Wissenschaften, in welchen das Causalitätsgesetz der Natur ein fundamentales ist, wegfallen müssen, ist für sich eben so klar, als daß nach dem neuesten Identitäts-Systeme der Philosophie, welches auf dem Alleins des Idealen und Realen beruht, das Seyn und Denken, nach chemischer Durchdringungsweise, in einander aufgehen läßt, und dieses Alleins das Göttliche Urseyn nennt, zwar die gange Natur intelligent gedacht werden muß; aber nimmer mehr einzusehen ist, daß und wie dieses Alleins — das Göttliche Urseyn — zur Natur wird einer- und zur Intelligenzenwelt andererseits; und sonach auch nicht abzusehen ist, wie mit dieser Ansicht der Identitäts-Philosophie die Naturwissenschaften ächten Korns; bestehen können. Wir haben uns hierüber schon in unserer akademischen Abhandlung über den Werth der Logik im Verhältnisse zur Methaphysik und Mathematik (Würzburg 1814) und auch in unserem Grundrisse der Anthropologie (Würzburg 1821) bestimmt und gründlich genug, wie wir denken, ausgedrückt; und halten daher jedes weitere Wort darüber so lange für verloren, bis es den Chefs dieser Identitätsphilosophie beliebt, ihr bisheriges vornehmes Stillschweigen zu den Gegengründen zu brechen, und sich zur Beantwortung derselben zu verstehen. Beliebt ihnen dieses nicht: so sind wir unseres Ortes über ihre Ansicht schon durch Bacons Satz beruhigt: *opinionum commenta delet dies, naturae judicia confirmat.*

tes, sofern dieselbe nach der Idee des Rechtes vorstellig gemacht werden soll, aus der Willkür der Menschen beurkunden, wollen wir hier nicht wiederhohlen. Dem zufolge ist das genannte Hauptargument der Gegner der Erklärung des Ursprunges des Staates aus dem Vertrage in der Wurzel zerstört, und diese unsere Erklärung hierdurch in ihrer Wahrheit nur noch mehr bestärkt.

§. 24.

Erwägen wir die Idee des Vertrages, als einzig möglichen regulativen Princip der Erklärung des Rechtscharacters des Staates, sowohl in seinem Ursprunge, als in seiner Wirksamkeit, näher: so finden wir ein dreyfaches Hauptmoment als Inhalt desselben. Das erste ist die Erhebung der distributiven Willenseinheit der Vielen, die die Stiftung des Staatszustandes wollen, zur collectiven Einheit; oder zur synthetischen Einheit eines Gesamtwillens, oder eines Allwillens, dessen Begriff dann, bezogen auf die einzelnen Willensvermögen der Vielen, die analytische Einheit der Willensarten dieser aller ist. Denn dieser Allwille hat nicht schon sofort dadurch Statt, daß das, was er enthält, in dem Willen eines jeden Einzelnen angetroffen wird; sondern es gehört dazu die Synthesis, als Zusammenfassung der Menge des identischen Willens der Vielen, „zur Stiftung des Staates beyzuwirken“ oder die Reduction jener Menge, als einer Vielheit, auf Einheit; indem die Allheit und Gesamtheit nichts anders ist, als die auf Einheit gebrachte Vielheit; und diese Synthesis, als Zusammenfassung (*collectio*), existirt nicht schon dadurch, daß die Vielheit des besagten identischen Willens gegeben ist. Dieß erhellet deutlich aus dem Beyspiele der Zahl. Denn diese, als Inbegriff von Einheiten, hat nicht schon sofort da Statt, wo eine Menge von Einheit gegeben ist; indem diese Menge ohne Ende fort wachsen kann; so daß sie sich, als unendliche, gar nicht angeben läßt; da doch die Zahl bestimmen soll, wie viele Einheiten verbunden sind, Zur Erzeugung der Zahl ist also die Zusammenfassung des Vielen der Einheit nothwendig, wie auch schon der gemeingängige Begriff von ihr „*numerus est collectio unitatum*“ andeutet. Die Zusammenfassung des Vielen der Willenseinheit, in Absicht auf die Stiftung des Staats Zustandes, ist und muß also auch als ein eigener Act der freyen Willkür vorgestellt werden, der allererst dann eintreten kann, wenn jene Vielheit der distributiven Willenseinheit schon

gesetzt ist. Er hat aber nur dadurch Statt, daß die Subjecte jener Willenseinheit sich die Leistung des Inhaltes dieses ihres identischen Willens gegenseitig versprechen, und dieses Versprechen gegenseitig von einander annehmen. Denn gerade die ideal-rechtliche Einheit (22) dieser ihrer Handlungen ist die Totalität ihrer vorher nur zerstreut existirenden Willensacte; und als Totalität dieser Art gibt sie den Gesamt- oder den Allwillen als erstes Hauptmoment des Staats-Begründungs-Vertrages. Dieser Vertrag heißt hiernach mit Recht der bürgerliche Vereinigungsvertrag (*pactum unionis civilis*) und die, an ihm Theil habenden, Menschen heißen von nun an Bürgerlich vereinigte (*civiliter uniti*), oder schlechtweg Bürger, weil sie sich gegenseitig verbürgt haben, den Privatexistenz-Zustand zu verlassen, oder, was dasselbe ist, auf die, im Privatzustande jedem Einzelnen zustehende Selbstrechtsprechung, und Selbstschätzung des sich selbst gesprochenen Rechts zu verzichten, und beydes den durch den Gesamtwillen zu constituirenden Rechtsnormen, und der von ihm ausgehenden Schutzkraft zu überlassen; aber auch all' ihre Kräfte diesem Gesamtwillen zu spenden, damit er sich durchgreifend wirksam beweisen, und in seiner Existenz erhalten könne. Gut und Blut für den Staat muß so der Wahlspruch eines jeden seyn, der auf den Bürgercharacter Anspruch haben, ja desselben auch nur fähig heißen will. In Folge dessen können Menschen, die zwar im Staate existiren, ja sogar die bürgerlichen Lasten tragen; aber diesen Staat doch für einen ihnen fremden ansehen, und an seine Stelle einen andern, ihren etwaigen Religionsgrundsätzen gemäßen, wünschen; und sogar im Falle eines feindlichen Angriffes auf ihn von Seite eines Häuptlings, durch den sie die Herstellung des von ihnen gewünschten Staates erwarten, gegen ihn die Waffen zu führen bereit sind, oder gar besagten ihren Grundideen gemäß bereit seyn müssen, nimmermehr Bürger desjenigen Staates heißen, der ihnen bis dahin Recht und Schutz gewährt hat, oder noch gewährt p). Es liegt so eine Würde im Character des Bürgers, gleich derjenigen, die dem Wollen der gesicherten Rechtsgeltung selbst unzertrennlich anhängt, und diese Würde darf nur zum lebendigen und klaren Bewußtseyn der Staatsbürger erhoben werden, um an ihr dem Staate selbst eine Festung zu verschaffen, die an Kraft allen Felsenmassen überlegen ist.

p) Nach diesem Gesichtspunkte entscheidet sich mit Sicherheit die Frage: ob die wahren Bekenner des ächten Judaism in nicht jüdischen Staaten als Bürger gelten können.

§. 25.

Aber der, durch den bürgerlichen Vereinigungsvertrag constituirte Gesamtwille ist so lange unvermögend, den Gegenstand, auf den er geht, zu verwirklichen, als es noch an einem Subjecte fehlt, dessen Wille als einerley mit demselben zu gelten hat. Denn er selbst, als Gegenstand der Idee, hat so wenig Kraft zu wirken, als irgend ein anderer Begriff. Er will vielmehr nur als Regel gelten, nach welcher gewirkt werden soll, und fordert daher ein Subject, dessen Wirken diese Regel realisirt, als Gesetz für alle Bürger, d. i. als ebenmäßig für alle Bürger verbindliche Norm ihres Wirkens. Ohne ein Subject dieser Art ist das Wirken der einzelnen Bürger immer nur ein Wirken ihres Privatwillens, gesetzt auch, daß ihm der Character der oben erklärten distributiven Willenseinheit wirklich inwohnte; und es hätte abermahls nur, statt des bürgerlichen Zustandes, der Privatzustand Statt, der doch durch den Vereinigungsvertrag aufgehoben werden sollte. Der Vereinigungsvertrag wäre so selbst völlig wirkungslos gemacht. Das Subject der Allheit des erklärten, würdevollen Willens der Bürger ist und heisst nun Repräsentant des Staates — Staatsoberhaupt — Staatsherrscher. Und da es schon, in Kraft des bürgerlichen Vereinigungsvertrags eine, die einzelnen Bürger ebenmäßig treffende Verbindlichkeit ist, sich der Regel des Allwillens zu unterwerfen: so tritt nun für sie, im Verhältnisse zum wirklich constituirten Staatsoberhaupte der Character der Unterthanen in der That ein; er ist nun ein realer, statt daß er, in Folge des bürgerlichen Vereinigungsvertrags, nur ein idealer war; und das, auf die Begründung des wirklichen Unterthänigkeitscharacters beziehliche Element des Staatsgrundvertrages heisst nun insbesondere der bürgerliche Unterwerfungsvertrag (*pactum subjectionis civilis*).

Damit aber die Bürger, als Unterthanen, nun weiters auch sich selbst immer nur als Unterthanen zu dem Zwecke betrachten können, Behufs dessen Verwirklichung sie den Unterthanencharacter überkommen und übernommen haben: so will der bürgerliche Verfassungsvertrag (*pactum constitutionis s. ordinationis civilis*), als drittes Element des Staatsgrundvertrags, die Art und Weise der Staatsbeherrschung festsetzen, als eine solche, in der sich der vernünftige Wille der Bürger, als Unterthanen, fortwährend finden kann. Die nähere Bestimmung des Inhaltes dieses Vertrages, so weit er insbesondere auf die Gesetzgebung, und auf die Weise der fortwährenden Personifici-

rung des idealen (nach der oben erklärten Vernunftidee gedachten) Staatsoberhauptes (auf die Staatsform) Beziehung hat, ergibt sich theils aus dem erklärten Zwecke desselben; theils aus der Staatspolitik, so fern diese in Regeln der Klugheit besteht, die zur Erreichung des Staatszweckes tauglichsten Mittel einzuhalten, und eben hierdurch nach Zeiten, Orten und Umständen sich modelt, und hierdurch die, sich gleich bleibende, ideale Vernunftbestimmung ausschlägt.

§. 26.

Aus diesen Momenten der juridisch-practisch-idealen Vernunftansicht des Ursprunges des Staates geht nun die Einsicht klar hervor a) daß der Staat, er mag historisch entstanden seyn, wie er will, doch nur als durch Vertrag entstanden vorgestellt werden müsse, um sowohl in seinem Ursprunge der Idee des Rechts angepaßt, als auch um für ein Institut der Rechts- und Verbindlichkeitsverhältnisse angesehen werden zu können. b) Daß das Recht, den Staat zu beherrschen, als die Legitimität der Fürsten, besonders so fern diese als, unter den Abstämmigen des constituiren Staatsoberhauptes fort bestehendes, oder auf sie fortwährend übergehendes Staatsbeherrschungsrecht verstanden wird, nur durch den Unterwerfungs- und Constitutionsvertrag begriffen werden könne; c) daß dem Staatsherrscher, als Subjecte der collectiven Willenseinheit der Bürger q), oder als Repräsentanten des Staates, die Eingangs erklärte Majestät und Souverainität wesentlich inwohne r), und in Folge dessen das Recht zustehe, die äufserre Anerkennung Seiner, als Subject der höchsten Würde, und des ausschließ-

q) Daher ist die bekannte pluralistische Sprechart der Staatsoberhäupter von sich, bey aller physischen Individualität ihrer Person, eine sehr passende, und significant.

r) Durch das Factum der Geschichte, daß, gleichwie unter dem Kaiser Tiberius die Benennungen *majestas tua*; *majestas Caesarea*, statt *Tu, Caesar*, als feyerliche Sprecharten in Umlauf kamen, wie aus Vellej. II, 129, 3: *pace majestatis ejus dixerim*: Phädr. II, Fab. 5, 23. „Beziehlich auf Tiberius: *jocata est tanti majestas Ducis*“ erhellet; vor dem XV Jahrhunderte im Occident die Majestät, als Titulatur nur der Römisch-teutschen Kaiser, nach der Analogie der βασιλεία ἁγία der orientalische Kaiser, wie Hr. Prof. von Eggers in seinen: *Institutiones juris civitatis publici et Gentium universalis* (Hafniae 1796 §. 48 Anmerk. 1) dafürhält; üblich war; und erst vom Westphälischen Frieden an, auch als Titel der Könige galt, wird unsere obige Erklärung nach der Vernunftansicht nicht eingeschränkt.

lichen Besitzes des Staatsbeherrschungsrechtes, und in Folge dessen unbedingte Treue und pünktlichsten Gehorsam von den Bürgern, als Unterthanen zu fordern. d) Dafs, da das Staatsbeherrschungsrecht, als Majestätsrecht, hiernach gar nicht von einem Factum der Geschichte abhängt, selbst nicht von dem des, den Vertrag entweder ausdrücklich (durch Worte, oder durch Handlungen, die als Zeichen der Gedanken und Willenseinheit angenommen worden) oder stillschweigend (durch sprechende Handlungen — *facta concludentia* — d. i. solche, die nur als Folgen der vorhandenen Willensmeinung gelten können), und entweder schon vor der Existenz der Inhabe dieses Rechts auf Seite des Staatsherrschers, oder allererst nachher, als diese Inhabe durch irgend welchen Causalzusammenhang schon effectuirt war, abgeschlossen Habens; der Ursprung des Majestätsrechtes dem Volke (Menge der Unterthanen) in practischer Absicht, wie Kant s) sich ausdrückt, ganz unerforschlich, d. i. von der Dignität ist, dafs das Volk sich aller werktthätigen Vernünfteley über diesen Ursprung, gleichsam wie über ein, in Ansehung des schuldigen correlativen Gehorsams, noch zu bezweifelndes Recht des Staatsherrschers, zu befehlen, zu enthalten habe. Und dieses Geboth der juridisch - practischen Vernunft, „das so heilig (unverletzlich ist, dafs es practisch auch nur in Zweifel zu ziehen, mithin seinen „Effect einen Augenblick zu suspendiren, schon ein Verbrechen ist, wird „nun so vorgestellt, als ob es nicht von Menschen, aber doch von irgend „einem höchsten tadelfreyen Gesetzgeber herkommen müsse, und das ist die „Bedeutung des Satzes „alle Obrigkeit ist von Gott t)“ welcher nicht einen „Geschichtsgrund der bürgerlichen Verfassung, sondern eine Idee, als „practisches Vernunftprincip, aussagt: der jetzt bestehenden gesetzgebenden „Gewalt gehorchen zu sollen, ihr Ursprung mag seyn, welcher er will u).“ Da wir nun so das Majestätsrecht, als Staatsbeherrschungsrecht, begründet; und hierdurch die Aufgabe des ersten Abschnittes unserer Abhandlung gelöst haben; so schreiten wir zur Frage fort, welche Verzweigungen das Majestätsrecht habe, und worin der wesentliche Character eines jeden bestehe.

s) Methaph. Anfangsgründe der Rechtslehre, Königsberg b. F. Nicolovius 1797 S. 173.

t) Hiernach die vollwichtige Bedeutung des Titels: von Gottes Gnaden.

u) Kant a. a. O. S. 174.

Zweyter Abschnitt

Von den Ausflüssen des Majestätsrechtes.

§. 27.

Der Staatsherrscher (*civitatis imperans*), im Zustande seiner Amtsführung betrachtet der Regent (*Rector civitatis*, le Regent), hat, als Subject des Gesamtwillens der Bürger, und als Repräsentant des Staates, das Recht v), Alles zu thun, was die Realisirung des Staatszweckes (*salutis rei publicae*) bedingt. Dieses Recht ist, wie jedes Recht, als Attribut der Person betrachtet, identisch mit der Befugniß zu zwingen. Und da der Staat, um seinem Zwecke zu genügen, vermögend seyn muß, jedes Hinderniß, welches sich der Realisirung seines Zwecks entgegenstemmt, zu besiegen; ein Vermögen aber, welches großen Hindernissen gewachsen ist, eine Macht; und, wenn diese Hindernisse von der Beschaffenheit sind, daß sie selbst anderen großen Hindernissen Siegvollen Widerstand leisten können, mithin selbst eine Macht sind, Gewalt heißt (als Macht über eine Macht): so heißt das Staatsherrscher - Recht auch die Staatsherrscher - Gewalt, oder kürzer, weil der Staat durch seinen Herrscher dargestellt wird, die Staatsgewalt. Die Ausflüsse der Staatsgewalt und des Majestätsrechtes fallen daher in Eins zusammen.

§. 28.

Verschieden ist nun die Ansicht der Staatsrechtslehrer, die Elemente der Staatsgewalt zu fixiren; und Einstimmung herrscht bey ihnen nur darin, daß die Staatsgewalt ein Inbegriff mehrerer Rechte sey, und diese alle Gewalten, Hoheiten, Majestätsrechte, Regalien, genannt werden; und entweder innere, oder äußere seyen (*vel immanentia vel transeuntia*) je nachdem sie auf das Verhältniß des Staates zu seinen Gliedern, oder zu Auswärtigen Beziehung haben. Allein daß diese Eintheilung für das Erkenntniß

v) Nach der Idee des bürgerlichen Unterwerfungsvertrags erscheint dieses Recht zugleich als eine Verbindlichkeit gegen den Staat, als collective Einheit der bürgerlich vereinigten Unterthanen; wornach dann auf den Staatsherrscher die Worte passen, durch die König Friederich der Ilte in seinem „examen du Prince de Machiavell“ (Haye 1741 edit. III) den Souverain für den ersten Diener des Staates; (*le premier serviteur de l'etat*) erklärt hat.

der Majestätsrechte selbst ganz unfruchtbar sey, und nur das Feld der Anwendung und Ausübung derselben bestimme, ist für sich eben so klar, als daß die Manchen beliebte Eintheilung der Majestätsrechte in ursprüngliche und erworbene nicht die Zahl und den Gegenstand dieser Rechte erkennen läßt, und obendrein aus dem Grunde ganz falsch ist, weil die Majestätsrechte sammt und sonders so fort mit der Majestät gesetzt sind, und daher die Ursprünglichkeit zu ihrem gemeinsamen Character haben; und die sogenannten erworbenen Majestätsrechte darnach nur als Privatrechte des Souverains gelten können, die auf besonderen Handlungen desselben beruhen, und, als solche, seinem Majestätsrechte unbeschadet, auch weg seyn können.

§. 29.

Immanuel Kant hat in der neuern Zeit Erster für die Darstellung der Elemente der Staatsgewalt ein aus der Vernunft selbst geschöpftes Leitprincip eingeschlagen. Da die Idee der Staatsgewalt ein Kind der Vernunft ist: so hielt er sich, um die möglichen Arten des Wirkens dieser Gewalt zu bestimmen, an das Wesen der Vernunft selbst. Und da er dieses Wesen im Allgemeinen durch die Form des Schliessens gegeben glaubte; von dieser aber weiters meinte, daß sie die Vorstellung einer allgemeinen Regel fordere und hierauf die Bedingung dieser Regel auf ein besonderes Object anwende, um darnach im Schlufssatze das Erkenntniß der Regel, als ein von diesem besondern Objecte nothwendig gültiges zu bestimmen; die Vernunftwirksamkeit hiernach Kant als dreyfach erschien a) als von einem Gesetze ausgehend, b) als das Besondere dem Gesetze unterstellend, c) als eben dieses Besondere nach dem Gesetze bestimmend: so war nun seinem Verähnlichungsgeiste (Witze) auch die Staatsgewalt dreyfach a) die gesetzgebende (*potestas legislativa*), b) die vollziehende (*potestas rectoria, executiva*), c) die richterliche (*potestas judiciaria*) w), und diese drey Gewalten erklärte Kant für den allgemein vereinigten Willen in dreyfacher Person (*trias politica*); so wie die Trennung derselben, hinsichtlich ihrer Inhaber, für die unerlaßliche Bedingung der Herstellung eines solchen Staatszustandes, in welchem Niemand Unrecht geschehen könne. Dasselbe erklärt weitläufig Hr. Prof. Tieftrunk x),

w) Kant metaph. Anfangsgründe der Rechtslehre. S. 165.

x) Jo. Heinrich Tieftrunks, Prof. zu Halle. Philosophische Untersuchungen über

da er über die Eintheilung des Actes des vereinigten Volkswillens unter Rechtsprincipien folgendes schreibt.

„Der vereinigte Volkswille ist eigentlich nichts anderes, als die reine rechtlich practische Vernunft, als ein mit öffentlicher Macht bekleidetes, Vermögen gedacht; der Actus des Volkswillens ist daher seiner Form nach mit dem Actus der practischen Vernunft ihrer Form nach einerley. „Stellt man also die verschiedenen Arten des Actus der Vernunft auf, so hat man in ihnen zugleich die Glieder des Actus, wodurch sich der Volkswille, als solcher, äußert. Vernunft überhaupt ist das Vermögen der Principien, und Vernunftserkenntnisse sind Erkenntnisse aus Principien. Erkenntnisse aus Principien sind solche, wo man das Besondere im Allgemeinen durch Begriffe erkennt. Ein Vernunftschluß ist daher nichts anderes, als eine Form der Ableitung einer Erkenntniß aus einem Princip. Zu jedem Vernunftschlusse wird also erfordert, daß erstlich eine allgemeine Regel gegeben sey; zweytens daß etwas unter die Bedingung der Regel gestellt werde; welches nur dadurch möglich ist, daß der Subjectbegriff im Obersatze ein Merkmal des Subsumirten, dieses daher in Ansehung des Subject Begriffs mit dem Subjecte identisch sey; drittens daß das Subsumirte durch das Prädicat der allgemeinen Regel bestimmt werde. — Die Vernunftthandlungen also, welche erfordert werden, um ein Vernunftserkenntniß — zu Stande zu bringen, sind folgende drey: erstlich die Erzeugung einer allgemeinen Regel; zweytens die Bestimmung des Besondern durch die Bedingung der Regel; drittens die Bestimmung des Besondern durch das Prädicat der Regel. Im ersten Actus heist das Handlungsvermögen Verstand; im zweyten Urtheilskraft; im dritten Vernunft (in engerer Bedeutung). Dieselben Actus kommen auch in der practischen Vernunft vor; denn es ist eine und dieselbe Vernunft, welche sich hier thätig beweiset, und es sind nur verschiedene Verhältnisse derselben, wodurch sie einmal eine theoretische, und zum andern eine practische ist. Als rechtlich-practische Vernunft, d. i. als solche, welche die Willkür im Verhältnisse auf die Willkür Anderer einer Gesetzgebung unterwirft, die auch äußerlich und mit Zwang ver-

das privat- und öffentliche Recht zur Erläuterung und Beurtheilung der metaphysischen Anfangsgründe der Rechtslehre vom Hrn. Prof. Imm. Kant. Zweiter Theil. Halle 1798. S. 117 folg.

„knüpft seyn kann, erzeugt sie erstlich das Rechtsgesetz, indem sie die äufseren Freyheit auf die Bedingung einschränkt, unter welcher sie mit der äufseren Freyheit von jedermann allgemein-gesetzlich bestehen kann; zweitens bestimmt sie die Gegenstände, welche als Gegenstände der Willkür unter der äufsern Gesetzgebung stehen, in Beziehung auf welche also die Willkür einem Zwange unterworfen seyn solle; drittens bestimmt sie, was in einem jeden besondern Falle, mittelst der Subsumtion, dem gegebenen Gesetze gemäß sey. — Da nun der allgemeine Volkswille eigentlich nichts anderes ist, als die rechtlich-practische Vernunft, wenn man sie sich personificirt und mit äufserer und öffentlicher Macht bekleidet vorstellt: so werden die Actus des Volkswillens mit denen der practischen Vernunft zusammenfallen und einerley seyn. Der erste Actus des Volkswillens ist also derjenige, wodurch er das Gesetz erzeugt, welcher der Actus der Gesetzgebung ist. Der zweite Actus ist derjenige, wodurch Alle dem Gesetze unterworfen werden, der Actus, der da macht, daß das geschieht, was das Gesetz haben will. Dies ist die practische Subsumtion, oder das Verfahren nach dem Gesetze, die Vollziehung und Ausübung des Gesetzes; der Actus der Vollziehung. Der dritte Actus ist derjenige, welcher in jedem besondern Falle bestimmt, was Rechtens ist. Dieser Actus setzt die beyden vorhergehenden voraus; denn es muß ein Gesetz da seyn; es muß eine nach dem Gesetze verfahrende Macht da seyn, wenn die Bestimmung eines Falles nach dem Gesetze rechtskräftig d. i. rechtlich seyn, und Effect haben soll. Dies ist der Actus der Rechtssprechung, der Bestimmung des Besondern, mittelst der Subsumtion, durch das Prädicat der Regel.“

§. 30.

Allein Schade, daß diese Theorie (29), die ihren Fußpunkt in der Logik nimmt, an eben dieser Logik einen Gegner findet, der ihr die Beine unterschlägt; wie diesem Schicksale bereits alle Systeme unterliegen, die Producte des vergleichenden, oder gar vernünftelnden Witzes ohne gesunde Vernunft y) sind. Das Grundgebrechen nemlich, welches die Logik, wenn ihr vorher die Vernunftidee des allgemein vereinigten Willens, oder die Idee der

y) S. unsern schon oben angeführten Grundriß der Anthropologie in psychischer Hinsicht etc. S. 202. §. 196.

Staatsgewalt gegeben ist, in dieser Ansicht findet, ist die Identification der Art und Weise der Wirksamkeit der Staatsgewalt, deren Subject das Staatsoberhaupt, als Repräsentant des Staates, ist, mit der Art und Weise des Wirkens des menschlichen Geistes in der Form des Schließens. Der Grund dessen ist, weil die Vernunftideen sammt und sonders, als Vorstellungen des Absoluten, jenseits der Schlufsform liegen, und sonach durch diese, hinsichtlich der Weise des Wirkens ihres Gegenstandes, hier der Staatsgewalt durch ihren Inhaber, gar nicht bestimmt werden können. Die Schlufsform nemlich im Allgemeinen, d. i. das, was zu gegebenen Urtheilen hinzukommen muß, damit ein Schluß gebildet (geformt) werde, ist die Verknüpfung eines Urtheils mit einem andern, um die Wahrheit desselben durch dieses darzutun. Das Verhältniß des Grundes zur Folge ist so allem Schließen wesentlich eigen; und wenn zur Einsicht des Verknüpftseyns eines gegebenen, und zu begründenden Urtheils mit einem andern, das als ein allgemein wahres vorausgesetzt wird, noch ein Zwischenurtheil erfordert wird; so heist der Schluß den Logikern ein mittelbarer, und dieser wird allemahl gemeint, wenn vom Schlusse schlechtweg (ohne Beysatz) die Rede ist. Der Schluß fordert sonach ein gegebenes Urtheil, welches sich als ein allgemein gültiges ankündigt, und den Logikern die Regel heist, (Assertion unter einer allgemeinen Bedingung); dann die Setzung, der Bedingung dieser Regel, als Mittelurtheil; um das Erkenntniß der Regel selbst, als ein von einem besondern Gegenstande, für den die Bedingung der Regel gilt, nothwendig gültiges zu gewinnen. Die Regel selbst, und das Mittel Urtheil wird hiernach durch das Schließen selbst nicht erzeugt, sondern muß als Materie des Schließens dem schließenden Geiste anderswoher eben so gegeben seyn, wie dem Baumeister das Material, wenn er bauen soll. Nur die, durch das Also (ergo) sich ankündigende Einsicht des nothwendigen Zusammenhangs des Schlufsurtheils mit der, als wahr gegebenen, oder auch nur angenommenen, Regel; und der durch diesen nothwendigen Zusammenhang, unter der Voraussetzung, daß die Regel und das Mittelurtheil wahr sind, begründeten nothwendigen Wahrheit des Schlufsurtheils ist das Erzeugniß des Schlufsactes. Schon Baco von Verulam, und nach ihm Cartesius, hat dieses gegen die Scholastik, die da wähnte, durch den Zauber der Syllogismen (Schlußreden) auch die verborgensten Wahrheiten finden zu können, gründlich angemerkt, wie nach ihnen alle Logiker, die den Satz behaupteten, daß die Lehre

von den Schlußregeln (Syllogistik) nicht zur Erfindung des Wahren, sondern nur zur Verbindung gegebener Erkenntnisse unter sich und zur Mittheilung derselben an Andere dienten. Baco lehrte z): „Logica, quae nunc habetur, inutilis est ad inventionem scientiarum. — Syllogismus ex propositionibus constat; propositiones ex verbis; verba notionum tesserae sunt. Itaque, si notiones ipsae (id quod basis rei est) confusae sint, et temere à rebus abstractae, nihil in iis, quae superstruuntur, est firmitudinis.“ Und der geistreiche Descartes (geb. 1596 zu la Haye in der Provinz Touraine in Frankreich) schreibt in seinem Buche *de Methodo, recte utendi ratione, et veritatem in scientiis investigandi*: „Studueram antea in scholis inter partes Philosophiae Logicae — sed diligentius illas examinando animadverti, quantum ad Logicam, syllogismorum formas, aliaque fere omnia ejus praecepta non tam prodesse ad ea, quae ignoramus, investiganda, quam ad ea, quae jam scimus, aliis exponenda, vel etiam, ut ars Lullii, ad copiose, et sine judicio de iis, quae nescimus, garriendum.“ Wenn man nun, wie gewöhnlich geschieht, den Schlußact für einen Act der Vernunft erklärt, ob er gleich als Act des Reflexionsvermögens des menschlichen Geistes, von Manchen ausschliessig, und im Gegensatze der Vernunft, als Vermögens nicht reflectirter, sondern absoluter Vorstellungen, schlechtweg für einen Verstandes-Act erklärt wird; und sich so nach ihnen der Verstand zu der Sinnlichkeit und der Vernunft verhält, wie das Consumirende zu dem Producirenden; indem nach ihrer Ansicht die Quelle der Vorstellungen, über die der Verstand reflectirt, und die ihm daher schon vor der Reflexion vorliegen müssen, nur entweder die Sinnlichkeit, oder die Vernunft seyn kann: so ist augenfällig, daß so die Vernunft, so fern sie schließend verfährt, von der Materie der Regel sowohl, als des Mittelurtheils abhängig ist; und diese Regel, und dieses Mittelurtheil selbst nicht erzeugt, sondern nur das Geschäft der Verknüpfung des Erkenntnisses der Regel mit dem, für welches die Bedingung der Regel gilt, nach dem Character der Nothwendigkeit, besorgt; und so ein Erkenntniß erzeugt, welches von dem der Regel (des Obersatzes) und des Mittelsatzes, hinsichtlich des Modalitätscharacters vornehmlich, specifisch unterschieden ist a): recht so, wie selbst

z) Baco de Verulamio *Novum Organum* 1620 Aphorism. XI. XIV.

a) Wir haben dieses schon in unserer akademischen Abhandlung über den Werth

auch Kant, und nach ihm Tieftrunk in der oben angeführten Stelle, die Regel des Schlusses für eine Function des Verstandes, das Mittelurtheil, gemeinhin Untersatz genannt für eine Function der Urtheilskraft, und den Schlußsatz (so fern er die Schlußfolge — Consequenz — enthält) für eine Function der Vernunft angesetzt haben; obgleich hierbey das Irrige immer noch darin liegt, daß die Regel zur Function des Verstandes gemacht wird, da sie doch ihre Quelle selbst auch in der Vernunft, nicht als Schlußsondern als Ideen - Vermögen haben kann.

Diesem zu Folge müßte nun auch der Gesamtwille des Volkes, oder die hier in Frage liegende Staatsgewalt, wenn sie die personificirte, und mit Machtvollkommenheit versehene juridisch-practische Vernunft selbst ist, wie Tieftrunk sagt; und diese Vernunft sich nur, wie Tieftrunk ebenfalls meint, nach der Form des Schließens wirksam zeigen kann; von einer Regel, als Gesetze, die und das sie, als Schlußvermögen, nicht eben aus sich erzeugt haben muß, sondern die und das nur als ein Gegebenes vorauszu-gehen hat, ausgehen; und vermittelt eines Urtheils, welches das Statthaben der Bedingung der Regel aussagt, und welches die Vernunft abermahls nicht aus sich zu erzeugen hat, noch erzeugen kann, zur Bestimmung irgend eines besondern gegebenen Gegenstandes durch das Erkenntniß der Regel fortschreiten; wornach denn die Staatsgewalt nimmermehr als gesetzgebende, vollziehende und richterliche gewonnen wird. Denn die Staatsgesetzgebende Gewalt gibt dem Gesetze selbst, als Staatsgesetze, die Existenz, statt dessen die Vernunft, als Schlußvermögen, das Gesetz nicht erzeugt, sondern voraussetzt; und die Function der Staatsvollziehenden Gewalt ist von der der Urtheilskraft im Mittelsatze des Schlusses ohnehin augenfällig wesentlich verschieden. Denn der Vollziehungsact der Staatsgewalt hat als ein physischer Zwangsact Statt; wie wir nachher sehen werden; und dieser Character paßt nicht auf die Function der logischen Urtheilskraft im Mittelsatze des Schlusses, weil diese Function des Denkens, wie überhaupt das Denken, eine völlig freye Selbstthätigkeit des Geistes ist, und nimmermehr physisch erzwungen werden kann.

der Logik im Verhältnisse zur Metaphysik und Mathematik (Würzburg 1814) etc. S. 126 näher erörtert.

§. 31.

Hierzu kömmt, daß das Wesen des Schlusses, wie es Kant und Tieftrunk angesehen, und erklärt haben, um an ihm das Leitband zur Auffindung der Elemente der Staatsgewalt zu haben, nur auf den kategorischen Schluss paßt. Denn nur dieser hat Urtheile zu seiner Materie, die alle kategorisch sind; und, als solche, allein nur Prädicat und Subject zu ihrer Materie haben, wie die Logik lehrt. Und nur in dem kategorischen Schlusse heißt das Mittelurtheil im eigentlichen und wahren Sinne das Subsumtionsurtheil; als ein Denken des Enthaltenseyns eines besonderen Falles unter der Bedingung des kategorischen Obersatzes. Im hypothetischen Schlusse dagegen enthält dieses Mittelurtheil nicht eine Subsumtion, sondern in der ganz richtigen Sprache der ältern Logiker nur eine Adsumtion, d. i. die Setzung und Annahme dessen, was im Bedingungsurtheile des Obersatzes die Bedingung (hypothesis) ausmacht; und daß auch im Mittelsatze des disjunctiven Schlusses nicht eigentlich eine Subsumtion, sondern nur entweder eine Adsumtion, oder eine Sublation Statt habe, lehrt selbst schon das Princip dieser Schlussart: *à contradictorie oppositorum positione unius ad negationem alterius, et à negatione unius ad positionem alterius valet consequentia*. Die der Kant'schen und Tieftrunk'schen politischen Dreyheit zu Grunde liegende Ansicht des Vernunftschlusses ist also einseitig; und, als solche, der Frage unterwürfig, warum gerade nur nach ihr, als Ansicht nicht des Schlusses überhaupt, sondern nur der Form des kategorischen Schlusses die Staatsgewalt wirksam seyn könne. Es erhellet, daß die Antwort hierauf nicht möglich sey, ohne vorher die Wirkungsart der Staatsgewalt selbst schon vollständig zu kennen; und daß folglich hier eine *petitio principii*, oder in der Sprache der Griechen eine *Dialele* (von *διὰ ἀλλήλων* — per invicem, d. i. idem per idem definire et probare) vorhanden sey, die dem ganzen Verfahren, die Elemente der Staatsgewalt aus der Form des kategorischen Vernunftschlusses herauszuklauben, die Beine unterschlägt. Dazu kömmt, daß die vollziehende und richterliche Gewalt nicht in einen logischen Gegensatz gestellt werden können, weil die richterliche Gewalt ein Zweig der vollziehenden ist; und als solcher den Act des Vollziehens (ihrer Sentenz) auch in sich schließt. Die logische Schlussform ist also durchaus nicht geeignet, die Elemente der Staatsgewalt, oder des Majestätsrechtes wissenschaftlich zu gewinnen; und einzig nur die vollziehende Gewalt, von der, wie wir

nachher sehen werden, selbst auch die richterliche Gewalt ausgeht, kann in ihrer Function, so fern diese das Beurtheilen und Bestimmen besonderer Handlungsfälle nach dem Gesetze in sich schließt, durch die kategorische Schlussform passend vorstellig gemacht werden. Denn der Act der Vollziehung geht auf die Geltendmachung des Gesetzes, hinsichtlich besonderer Handlungsfälle; bedarf sonach zuvörderst der Vorstellung des Gesetzes, als eines gegebenen (Major); dann der Beurtheilung eines gegebenen besonderen Falles nach der Bedingung des Gesetzes (Minor, als Subsumtions - Satz); und endlich der Bestimmung eben dieses besonderen Falles durch das Erkenntniß des Gesetzes (conclusio); welches ganz eigentlich die Function des kategorischen Schließens ist; die man in der ältern Zeit irriger Weise für die einzige Stamm-Schlussform hielt, weil man irriger Weise glaubte, die zwey übrigen Schlussformen, die hypothetische und disjunctive, seyen Zusammensetzungen aus der kategorischen Schlussform; nachdem man zuvor eben so irrig auch die hypothetischen und disjunctiven Urtheile für, aus kategorischen Urtheilen zusammengesetzte, Urtheilsformen angesehen hatte. Es scheint, auch Hr. Prof. Tieftrunk besonders habe sich durch diesen Irrthum der ältern Logiker bey seiner oben angeführten einseitigen Erklärung der Schlussform beschleichen und zu derselben verführen lassen.

§. 32.

Andere Staatsrechtslehrer, ohne sich zum Zwecke der Darstellung der Ausflüsse der Staatsgewalt mit den Regeln der Logik viel zu schaffen zu machen, aber auch eben hierdurch sich des Anspruchs auf wissenschaftliche Gründlichkeit verlustigend, setzen ohne weiters als Elemente der Staatsgewalt die drey Gewalten fest, a) die gesetzgebende, b) die vollziehende, c) die oberoufsiehende; trennen sich aber wieder von einander in der Bestimmung der Wirkungskreise der vollziehenden und oberoufsiehenden Gewalt; da Einige b) den ganzen Wirkungskreis der Polizeygewalt in die Sphäre der oberoufsiehenden ziehen, und die Strafgewalt der vollziehenden Gewalt inwohnen lassen; Andere aber die Polizeygewalt der gesetzgebenden Gewalt beyordnen (coordiniren), auch die Strafgewalt zu einem Attribut der

b) Z. B. Hr. Prof. v. Eggers in seinen *Institutiones juris civitatis publici et gentium universalis*. §. 112—113.

Gesetzgebenden machen, und die oheraufsehende Gewalt zu der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt noch als drittes Glied der Staatsgewalt überhaupt hinzukommen lassen; ohne jedoch bestimmt zu erklären, welches Verhältniß eigentlich für die oheraufsehende Gewalt zu diesen beyden andern Gewalten, nach einem Vernunftgrunde, gültig sey. Selbst Hr. Dr. und Prof. Anton Bauer, der sich durch sein Lehrbuch des Naturrechts unstreitig ein großes Verdienst um diese Wissenschaft erworben hat, läßt sich in diese genaue Bestimmung nicht ein; so wie er auch in mehrern andern Hinsichten es an streng logischer Anordnung der Materien und mit unter sogar an richtiger Bestimmung der Begriffe c) hat fehlen lassen; und namentlich in der Lehre von der Classification der Hoheitsrechte ein erklärter Freund des Coordinirens oder Condividirens ist, da er ausdrücklich sagt: „es lassen sich „nur mehrere coordinirte Classificationen denken. Alle Versuche, sämtliche „Hoheitsrechte in eine Classification, welche von einer allgemeinen Ansicht „ausginge, bringen zu wollen, müssen nothwendig misslingen; da die Zergliederung derselben auf mehreren ganz verschiedenen Abtheilungsgründen beruht, und man also so viele Abtheilungen bilden muß, als es verschiedene „Ansichten derselben gibt“

Allein der würdige Mann scheint dabey nicht bedacht zu haben, daß doch selbst auch für diese mehrern Ansichten, die Condivisionsfundamente seyn sollen, ein Leitprincip aus der Vernunft Statt haben muß, wenn die Arbeit nach ihnen auf die Dignität einer wahrhaft wissenschaftlichen Darstellung rechtlichen Anspruch haben soll. Denn ohne ein solches Leitprincip ist die Arbeit nicht nach der heuristischen Methode möglich, die fordert, daß man den Gesichtspunkt angibt, aus welchem sich das Gesuchte von selbst

c) Als Beyspiel kann hier schon genügen die Erklärung des Begriffes der Pflicht, in Vergleichung mit dem Rechtsbegriffe (in Bauers genannten Lehrbuche, Marburg 1808. §. 40—41 vgl. mit §. 42) und, hinsichtlich der nicht streng logischen Eintheilung, 1) die §. 17—19 gegebene Eintheilung des Naturrechts in a) natürliches Privatrecht, b) natürliches Staatsrecht, c) natürliches Völkerrecht, als welche Eintheilung Subdivisionsglieder als Divisionsglieder behandelt, und 2) die S. 138 und 194 gegebene Coordination des Vertragsrechtes und Gesellschaftsrechtes, statt welcher nur die Subordination des letztern unter das erstere streng logisch ist; und sich ihren Anspruch auf Geltung nicht durch die Wichtigkeit und Eigenheit des Gesellschaftsrechtes nehmen läßt, wie ihr Hr. Prof. Bauer aus diesem Grunde in der Anmerkung zu §. 168 diese Geltung versagt hat.

finden (*εὑρεῖν*, invenire) läßt, welche Methode unstreitig der wissenschaftlichen Darstellung die Krone aufsetzt, indem sie einzig die, auf alle Dauer belehrende, Methode ist; weil, so lange nur der besagte Gesichtspunkt im Geiste bleibt, aus ihm der Geist selbst Alles wieder finden kann, was sich daraus finden läßt; gesetzt auch daß alle Bücher, die dieselben Materien zwar abhandeln, aber des heuristischen Kornes entbehren, in Rauch aufgegangen seyn sollten *d*). Aber ohne besagtes Leitprincip ist man auch nicht sicher, ob man die Glieder des darzustellenden Begriffs vollständig aufgezählt, und ein jedes Glied an seinen rechten Platz gestellt hat, was doch erstes Requisit zu einer jeden strengwissenschaftlichen Abhandlung ist; indem sonst von der Abhandlung das Gepräge der blos empirischen Aggregation, an Statt des ihr, als wissenschaftlicher, inwohnen sollenden Characters der strengen Systematik nicht wegzuschaffen ist.

§. 33.

Wir unseres Theils halten uns, um die Elemente der Staatsgewalt oder des Majestätsrechtes wissenschaftlich zu gewinnen, an die Vernunftidee des Staatsoberhauptes, als Repräsentantens des Staates, und sonach als Inhabers der Staatsgewalt; und schliessen von ihr aus, als der gegebenen Basis, zunächst auf das, was nächste nothwendige Folge ihres Inhaltes ist. Dieser Schluß ist: Da die Staatsgewalt das Recht ist, Alles das zu thun, was der Staatszweck fordert; dieser Zweck aber Gegenstand des nach dem Gesetze des Rechts, zur Realisirung eines öffentlichen Rechtszustandes, und der dadurch bedingten Möglichkeit der allseitigen Ausbildung der Vermögen und Kräfte des Menschen, vereinigten Willens der Bürger ist; und diese, als Unterthanen, in ihrer Gesammtheit und im Verhältnisse zum Staatsoberhaupte genommen, das Volk sind: so dreht sich der gesammte Wirkungskreis des Inhabers des Majestätsrechtes um den grofsen und inhaltsschweren Centralpunct: das Interesse des Gesamtwillens des Volks (*rem publicam*, im Sinne der Rö-

d) Vornehmlich selbst in vielen mathematischen Lehrbüchern der neuern Zeit vermißt man die heuristische Methode. Die Regeln werden hingestellt, und demonstrirt: aber wie der Geist auf sie auch nur kommen könnte; und nach welchem Gesichtspunkte er darauf kommen mußte, wird selten erklärt. Daher vornehmlich die Erscheinung, daß die Schul-Mathematik vielen eine Marter ist, und sobald wieder von ihnen vergessen wird.

mer) zu bewirken. Nun fordert der Gesamtwille des Volks, in Kraft der Idee des bürgerlichen Vereinigungsvertrags (24), daß die Regel des äußern Freyheitsgebrauches der einzelnen bürgerlich Verbündeten nicht das Kind der Privatvernunft-Dictatur dieser Einzelnen sey; sondern daß diese Regel aus dem Gesamtwillen, der sich durch den bürgerlichen Vereinigungsvertrag constituirt und durch den bürgerlichen Unterwerfungsvertrag in den Willen des Staatsoberhauptes projecirt hat, hervorgehe; und als solche von allen einzelnen, als Unterthanen, auch wirklich eingehalten werde. Eine weitere Forderung des hier zu verstehenden und erklärten Gesamtwillens liegt nicht im Wesen desselben. Da nun die Regel dieser Art, durch welche der äußere Freyheitsgebrauch aller Glieder des Staates, die Unterthanen sind, in quantitativer und qualitativer Hinsicht völlig gleich bestimmt, und eben hierdurch, zum Behufe der Möglichkeit des Bestehens des Staates gleich eingeschränkt wird, ein Staatsbürgerliches Gesetz heisst; und diesem Gesetze zugleich die kategorische Forderung des erklärten Gesamtwillens inwohnt, daß es unbedingt von allen Unterthanen befolgt oder vollzogen werde: so zerfällt das Majestätsrecht des Staatsoberhauptes, als Subjectes der collectiven Einheit des Willens der Bürger, in das Recht der Gesetzgebung, und in das Recht der Vollziehung. Ein dritter Hauptzweig des Majestätsrechtes hat, und kann aus dem schon angegebenen Grunde nicht Statt haben, weil durch die beyden Acte der Gesetzgebung, und der Gesetzesvollziehung die Forderung des Gesamtwillens ganz erschöpft ist, und der letzte Grund hievon liegt im Gegenstande der Idee des bürgerlichen Vereinigungsvertrages. Die Elemente der Staatsgewalt sind hiernach einzig nur die zwey, a) die gesetzgebende Gewalt, b) die vollziehende Gewalt. Da inzwischen, um diese beyden Gewaltfunctionen zweckmäfsig d. i. dem wahren Besten des Staates gemäß ausüben zu können, auf Seite des, nicht bloß idealen sondern, physisch-realen Staatsoberhauptes, die genaue Kenntniss von Al-lem nothwendig ist, was den Staat in seiner physischen Wirklichkeit, hinsichtlich seines Zweckes, angeht; in der Einziehung dieser Kenntniss aber die Obergaufsicht besteht: so ergibt sich hierdurch für das Staatsoberhaupt auch das Recht der Obergaufsicht. Aber dieses Recht ist doch nicht ein direct constitutives (aus dem Inhalte des durch die Idee des bürgerlichen Vereinigungsvertrages gegebenen Existentialgrundes der Staatsgewalt unmittelbar hervorgehendes); sondern nur ein, aus der Idee der Zweckmäfsigkeit der

Ausübung der beyden Hauptausflüsse des Majestätsrechtes sich ergebendes Recht; das eben defswegen ein indirectes Majestätsrecht ist, nach dem Satze: Wer den Zweck will, muß das Mittel wollen; und das wir nun füglich ein für die gute Ausführung der besagten zwey Haupt-Majestätsrechte vorbedingliches Recht des Staatsoberhauptes nennen können. Das Recht der Oberaufsicht steht und muß daher, als ein vorbedingliches, und für die Sphäre der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt in gleichem Grade Anwendung habendes, in der Lehre von den Majestätsrechten den ersten Platz einnehmen; und es ist nicht abzusehen, warum ihm Hr. Prof. Bauer in seiner Lehre von der Classification der Hoheitsrechte, hinsichtlich der Form ihrer Wirksamkeit, den letzten; aber in der nähern Erklärung der, von ihm classificirten, formalen Hoheitsrechte selbst den ersten Platz angewiesen hat *e)*; außer man nimmt an, daß er jene Classification selbst nicht unter der Firma eines sichern Leitprincips gemacht hat.

§. 34.

Anlangend die Sphäre der Wirksamkeit des Obergerichtsrechtes: so umfaßt sie Alles, was in und außer dem Staate vorgeht, und von der Art ist, daß dadurch der Staatszweck entweder behindert, oder befördert werden kann. Hinsichtlich der innern Staatsverhältnisse besonders kündigt sich als Gegenstand des Rechtes der Obergerichts der gesammte, sowohl physische als moralische (durch Freyheit der Willkür gegebene) Zustand der Bürger an; dort, hinsichtlich ihrer physischen Bedürfnisse, zu deren Befriedigung sie sich durch die Cultur des Bodens, und andere Wege des Gewerbefleißes die Mittel verschaffen müssen; und in Ansehung welcher Bedürfnisse es dem Staate, um seiner selbst willen, nicht gleichgültig seyn kann, sondern daran Alles gelegen seyn muß, seine Unterthanen auf das Bestmögliche gedeckt zu sehen. Denn in Folge des natürlichen Selbsterhaltungstribs, der sich durch das eheliche Band auch auf Weib und Kinder ausdehnt *f)*, kann

e) S. Bauers Lehrbuch des Naturrechts. §. 223 vgl. §. 226.

f) Cicero bemerkt dieses durch die Worte: „eademque natura vi rationis hominem conciliat homini et ad orationis et ad vitae societatem; ingeneratque inprimis praecipuum quendam amorem in eos, qui procreati sunt, impellitque, ut — studeat parare ea, quae suppedient et ad cultum et ad victum, nec sibi soli, sed conjugi, liberis, ceterisque, quos caros habeat, tuerique debeat. I off. 4.

die Neigung zum vaterländischen Boden, und die von ihr abhängige Lust, diesen Boden mit Leib und Leben zu vertheidigen (Patriotism), welche Lust zum Wesen des ächten Bürgers gehört; nicht aufkommen. Abneigung vielmehr stellt sich gegen ihn ein, wie gegen Alles, was dem Triebe nach Wohlbefinden, und zum angenehmen Lebensgenusse feindlich widerstrebet. Auch verleitet der Druck der physischen Bedürfnisse so manchen Unterthan zu rechtswidrigen Handlungen, die ihm bey genügender Begüterung nicht in den Sinn gekommen wären. Den Bürgern daher die Quellen der nöthigen Unterhaltsmittel, ja des größtmöglichen Wohlstandes zu verschaffen, ist und muß ein Hauptstrebpunkt des Staates seyn, um seine eigene Existenz zu sichern, und zu befestigen; und daher nun auch das Recht für ihn zu der hier einschlägigen Oberaufsicht g). Betreffend den moralischen Zustand des Volkes; so gehört dahin nicht nur die moralische und religiöse Denk- und Handlungsweise desselben; als welche gut beschaffen seyn muß, wenn der Zweck des Staates nicht seines sichersten Garanten beraubt seyn soll; sondern auch die ganze Masse der übrigen Zwecke, die die Glieder des Volks, entweder als einzelne, oder als mehrere, nach der Regel des Gesellschaftsvertrags vereinigt, verfolgen; und welche Zwecke mehr oder weniger den Staatszweck afficiren. Dafs keiner dieser Zwecke sich der Kenntniß des Staatsoberhauptes entziehen könne, ohne mit Recht dem Verdachte eines, dem Zwecke des Staates gefährlichen, oder gar feindlich widerstrebenden, zu unterliegen, ist für sich klar. In Beziehung auf das Staatsoberhaupt kann und darf es daher beym Volke keine geheimen Zwecke geben, auf deren Realisirung durch äufsere Handlungen hingewirkt wird. Denn diese äufseren Handlungen selbst, um auch nur im Staate Staatsrechtlicher Weise existiren zu können, müssen das letzte Creditiv ihrer Zulässigkeit (Erlaubtheit) im Staatsgesetze haben; folglich muß auch ihr Zweck mit dem Zwecke des Staates verträglich seyn; und kann sich daher der Kenntniß des obersten Sachwalters des Staatszweckes, des Staatsoberhauptes, nicht entziehen, ohne schon durch die bloße Lust dazu das Urtheil, als ein vollgültiges, wider sich aufzureitzen, dafs er ein, dem Zwecke des Staates feindselig widerstrebendes, Princip der Denkart enthalte. Geheime Gesellschaften in diesem Sinne können daher im Staate noch we-

g) Das Mittel dieser, und der übrigen, Oberaufsicht fällt der Politik zur Bestimmung anheim, mit der wir hier nichts zu thun haben.

niger geduldet werden; indem sie zur Durchsetzung des besagten, dem Zwecke des Staates feindlich widerstrebenden Princip (sey es auch nur das, die Idee des bürgerlichen Vereinungsvertrags vom Grunde aus zernichtende, Princip der Selbsthülfe; in dessen Gefolge die Fratze, Duell genannt, unausweichlich steht), sogar eine Vervielfachung der physischen Kraft enthalten. Aber auch öffentliche, d. i. mit Vorwissen und Zustimmung des Staatsoberhauptes im Staate existirenden Gesellschaften, ihr Zweck mag seyn, welcher er will; sonach auch die kirchlichen *h)* Gesellschaften sammt und sonders, sind der fortwährenden Oberaufsicht des Staatsoberhauptes unterwürfig; damit bey ihnen sich nichts einschleiche und geltend mache, was dem Staatszwecke nachtheilig, oder auch nur gefährlich seyn könnte. Denn die Bedingung der Ungestörtheit dieser Gesellschaften in ihren Functionen liegt in der Schutzkraft des Staates. Der Staat aber kann sich zu dieser ihrer Beschützung nur in so lange verstehen, als sie ihm selbst nützlich, wenigstens nicht gefährlich und schädlich sind; und über diesen letzten Punkt hat nicht die öffentliche Gesellschaft im Staate, somit auch nicht die Kirche im Staate, sondern einzig nur der Staat selbst das Urtheil. Die Vorbedingung der Möglichkeit aber, dieses Urtheil zu fällen, liegt in der Oberaufsicht auf Alles, was in der Kirche und den andern öffentlichen Gesellschaften vorgeht. Das Recht der Oberaufsicht über diese Gesellschaften kömmt daher unbestreitbar dem Staate zu. Und wider dieses Recht will der Gedanke Mancher, daß der Zweck der Kirche, als selbst die Idee aller Ideen, die Uridee der Gottheit zur Grundlage habend, ein älterer sey, als der auf Zeitlich- und Räumlichkeit berechnete Zweck des Staates, gar nichts sagen. Denn nicht auf das älter und vornehmer seyn des Zwecks der Kirche kommt es hier an; sondern auf die Bedingung, unter der allein selbst auch dieser, ex hypothesi ältere und vornehmere, Zweck, als Gegenstand des Willens einzelner Glieder des Staates und der unter ihnen bestehenden kirchlichen Gesellschaft, auf die Duldung und den Schutz des Staates rechnen kann. Diese Bedingung ist aber, daß die kirchlichen Gesellschaftsglieder, einzeln, und in Verbindung, diesen

b) Kirche (ecclesia) ist eine "Gesellschaft, deren Zweck die gemeinschaftliche Uebung des äußern Gottesdienstes ist. Daß hierbey der innere Gottesdienst die Grundlage seyn müsse, und der äußere vornehmlich als ein Mittel der Belebung des innern zu dienen habe, ist für sich klar.

ihren Zweck nicht auf eine Weise zu realisiren suchen, mit welcher ihre Staats-Untertanen-Pflicht, auf den Zweck des Staates hinzuwirken, nicht vereinbar ist. Denn um unter dem Schutze des Staates, auf den sie als Unterthanen desselben Anspruch machen, ihren gemeinsamen Religionszweck, der sie als Menschen interessirt, verfolgen zu können, müssen sie selbst vor Allem, als Staats-Untertanen, ihren Unterthänigkeitspflichten genügen; als Pflichten, die allen Menschen, so fern sie Unterthanen desselben Staates sind, ebenmäfsig obliegen. Die Gemeinsamkeit dieser ihrer Pflicht entspricht der Gemeinsamkeit des Staatszwecks; und ist daher eine absolute; während die Weise, nach welcher die Menschen, als Glieder kirchlicher Gesellschaften im Staate, ihren gemeinsamen Gottesdienst feyern, relativ ist, als hervorgegangen aus den Vorstellungsarten von Gott, und den Verhältnissen des Menschen zu Gott, welche Vorstellungsarten sich nach der Erziehung, und dem selbst erworbenen Culturgrade der Vernunft der Menschen von jeher mannichfaltig gemodelt haben, und immerhin modeln werden; und sonach selbst relativer Art sind; und nur an der Einen Idee der Gottheit, als Urgrundes der Existenz alles übrigen Existirenden, ihren Einheitspunkt haben. Und dieser Relativitätscharacter des Zwecks der Kirchen im Staate bleibt selbst auch dann noch, wenn selbst das Staatsoberhaupt zu dieser oder jener Kirche sich bekennt. Denn dieses Bekenntniß ist ihm nicht als Staatsoberhaupt, sondern als Menschen eigen; und als solcher steht er mit den übrigen Privatgliedern der kirchlichen Gesellschaft auf dem Fusse der Gleichheit i). Anlangend übrigens den Ausdruck des älterseyns des Kirchenzwecks in Vergleichung mit dem Staatszwecke: so ist er schielend, als hinwinkend auf Zeit, in welche der Ursprung des Staates und der Kirche fallend vorgestellt wird, und so fern dabey weiters nach der Mosaischen Schöpfungsgeschichte die ersten Menschenpaare, und ihre Abstammlinge, als schon in der Ausübung des Gottesdienstes durch gemeinschaftliche äufsere Handlungen begriffen vorgestellt werden, obgleich noch kein Staat existirte. Allein nimmt man den Zweck des Staates, wie den der Kirche rein aus dem Standpunkte der beyden unterliegenden Ideen, dort des Rechts, hier der Ver-

i) Hieraus ist leicht zu entnehmen, was von dem Begriffe der herrschenden Kirche im Staate zu halten sey; wenn man unter herrschender Kirche diejenige meint, zu welcher auch das Staatsoberhaupt sich bekennt,

ehrerung der Gottheit durch gemeinschaftliche äußere Handlungen: so ist wohl der Staatszweck eben so alt, d. i. eben so ursprünglich (in seiner Dignität der Gültigkeit von keinem Zeitprius und Posterius, überhaupt von keiner Zeit abhängig) als der Kirchenzweck. Denn beyde besagten Vernunftideen, durch die diese Zwecke begründet sind, stammen aus dem Wesen der Vernunft, und sind in so fern gleich alt. Und reduzirt man das Wesen der Vernunft, auf Gott, als das Urprincip der Existenz desselben: so hat abermahls kein Prius und Posterius der Zeit für beyde Zwecke Statt. Nur also unter Hinsicht auf die Ausübung und Geltendmachung beyder Zwecke in der Zeit, und mitunter auch auf die positiven Bestimmungen des Rechtsbegriffes in den wirklich vorhandenen und vorhandengewesenen Staaten, als welche Bestimmungen allein nach Zeit- und Raumsverhältnissen wandelbar waren, sind, und seyn werden; kann jener Ausdruck des älterseyns, unter der Firma der Mosaischen Schöpfungsgeschichte, passirt werden. Aber in wie fern dadurch eine rechtliche volle Unabhängigkeit der Kirche von dem Staate angewinkt werden wollte, wäre er durchaus, als heterogene Gesichtspunkte Erschleichungsweise unter einander mengend, schielend, und als solcher ganz unstatthaft.

§. 35.

Wir kommen nun zu der nähern Betrachtung der direct constitutiven (33) Elemente des Majestätsrechtes, nachdem wir die Vorbedingung der zweckmäßigen Ausübung derselben durch die Erklärung des Staatsoberhauptlichen Rechtes der Oberaufsicht hinreichend erörtert haben. Das erste dieser Elemente ist das Recht der Staatsrechts - Gesetzgebung; und die, in Ansehung dieses Rechts, hier näher zu erwägenden zwey Hauptfragen sind: I. Wer ist das Subject dieses Rechtes? II. welchen Umfang hat dieses Recht? Denn es erhellet, daß in Ansehung eines jeden Rechtes die Hauptmomente der Erwägung durch die Fragen gegeben sind: a) Wer hat das Recht, und aus welchem Grunde hat er es? b) gegen wen hat er es? c) worauf erstreckt sich dasselbe? mit andern Worten und kürzer:

- 1) Wer ist das (sowohl active, als passive) Subject des Rechts; und aus welchem Grunde ist er es?
- 2) Welches ist das Object des Rechts; und welchen Umfang hat das Recht hiernach?

§. 36.

Anlangend das Subject des Rechts der Staatsrechts-Gesetzgebung; als actives d. i. als verpflichtendes; im Gegensatze des passiven Subjects, als des verpflichteten, über welches, daß es die Unterthanen seyen, kein Anstand Statt hat: so ist zwar aus der schon oben (33) gegebenen Herleitung der Elemente des Majestätsrechts, oder der Staatsgewalt, augenfällig, daß die gesetzgebende Gewalt im Staate dem Staatsoberhaupte inwohnt, indem diese Gewalt ein Bestandtheil der Staatsgewalt ist, und die gesammte Staatsgewalt beym Staatsoberhaupte, als Repräsentanten des Staates, residirt.

Inzwischen hat in der neuern Zeit Kant gelehrt, a) daß die gesetzgebende Gewalt nur dem vereinigten Willen des Volkes zukommen könne. „Denn, sagt Kant, da von ihr alles Recht ausgehen soll, so muß sie durch ihr Gesetz schlechterdings niemand Unrecht thun können. Nun ist es, wenn jemand etwas gegen einen Anderen verfügt, immer möglich, daß er ihm dadurch unrecht thue; nie aber in dem, was er über sich selbst beschließt (denn *volenti non fit injuria*). Also kann nur der übereinstimmende und vereinigte Wille Aller, so fern ein jeder über Alle, und Alle über einen jeden eben dasselbe beschließen, mithin nur der allgemein vereinigte Volkswille gesetzgebend seyn k).

„b) Der Beherrscher des Volks (der Gesetzgeber) kann nicht zugleich Regent seyn; denn dieser steht unter dem Gesetz, und wird durch dasselbe, folglich von einem Anderen, dem Souverain, verpflichtet. Jener kann diesem auch seine Gewalt nehmen, ihn absetzen, oder seine Verwaltung reformiren, aber ihn nicht strafen l).

„c) Alle wahre Republik ist und kann nichts anders seyn, als ein repräsentatives System des Volks, um im Namen desselben, durch alle Staatsbürger vereinigt, vermittelt ihrer Abgeordneten (Deputirten) ihre Rechte zu besorgen m).

Und in der Periode der französischen Revolution ward derselbe Satz als die Grundlage der neu einzuführenden Form des Staates aufgestellt; und

k) Kant metaph. Anfangsgründe der Rechtslehre (Königsberg 1797) S. 165. §. 46.

l) Kant a. a. O. S. 171.

m) Kant a. a. O. S. 213.

unter andern von dem General Dumouriez ⁿ⁾ in den Worten ausgesprochen: „La liberté consiste à n'obeir qu'à la loi; faite par le peuple lui-même: „la loi est le sanctuaire, dans lequel réside sa souveraineté; et les Rois, ou „autres magistrats, à qu'il délègue le pouvoir exécutif de la loi, y étant soumis comme le simple citoyen, le peuple est libre autant, qu'il doit l'être „pour son bonheur. Au-de là est l'anarchie.“

§. 37.

Allein diese Theorie ist uns so wenig befriedigend, daß wir sie vielmehr für eine Vernichterin des Wesens der Vernunftidee vom Staatsoberhaupt erklären müssen. Denn durch sie wird die Einheit zernichtet, die der Idee des Staatsoberhauptes, wie der Idee des Staates selbst, wesentlich eigen ist. Denn nach der Vernunftidee vom Staate ist der Staat eine Einheit, die zugleich eine Allheit ist; als ein in sich selbst beschlossenes Ganze, durch welches die collective Willenseinheit der zu ihm gehörigen Glieder gegeben ist. Das Subject dieser collectiven Willenseinheit aber ist, in Folge des Unterwerfungsvertrages, das Staatsoberhaupt; indem, wie wir schon oben sagten, durch den Unterwerfungsvertrag die Gesamtheit des Willens der Bürgerlichvereinigten sich in den Willen des nicht mehr bloß idealen (denn das ideale Staatsoberhaupt, als idealer Staatsherrscher, ist die ideale Gesamtheit des Willens der Bürgerlichvereinigten selbst; mit welcher bloß idealen Gesamtheit aber der Realisirung des Staatszwecks nicht gedient ist, wie wir schon oben bemerkt haben), sondern physisch realen Staatsoberhauptes projicirt hat. Das Staatsoberhaupt kann daher nur Eines seyn; und da auf der Gesamtheit des Willens der Bürgerlichvereinigten die ganze Staatsgewalt beruht: so muß diese auch ganz und ungetheilt dem Staatsherrscher eigen seyn. Nun ist klar, daß nach den angeführten Ansichten Kants und Dumouriez dies nicht Statt hat. Denn nach ihnen ist der Regent des Staates nicht Gesetzgeber, sondern nur Gesetzempfänger; und da er doch gleichwohl, als Subject der vollziehenden Gewalt, selbstständig seyn und wirken soll, als das Princip, von welchem aller rechtliche Zwang im Staate ausgeht, selbst also keinem Zwange unterworfen seyn kann, wie selbst auch

ⁿ⁾ Mémoires du général Dumouriez, écrits par lui-même à Londres 1794. Preface Page XII.

Kant gelehrt hat o): so ist es einleuchtend, daß durch diese besagte Theorie, als düarchische, dem Staate zwey Köpfe aufgesetzt werden, wodurch er in ähnlichem Sinne eine Mißgeburt ist, in welchem jedes mit zwey Köpfen geborne Thier eine Mißgeburt heißt.

§. 38.

Aber diese Theorie ist auch nach der Weise, wie sie Kant ausgeführt hat p), eine in sich so sehr zerrissene, daß man bey einer auch nur mittelmäßigen Dosis gründlicher Logik sie ohne Geistespein kaum lesen kann. Die Idee des Staatsherrschers nemlich ist es eigentlich, mit welcher Kant sein unzusammenhängendes Spiel treibt. Einmahl versteht er darunter den idealen vereinigten Willen des Volks; und ein anderesmahl die physische Person, die das Staatsruder zu führen hat, und wieder ein anderesmahl macht er aus beyden ein Zweyerley. Der ideale und physische Staatsherrscher ist hiernach bey Kant bald ein und dasselbe Machtvollkommenheits-Subject, bald stehen beyde von einander getrennt, und in ihrer Macht von einander verschieden da. Jenes erhellet besonders aus §. 51 S. 208 der schon angeführten Kant'schen Rechtslehre und aus §. 52 S. 213 derselben. Denn dort heißt es wörtlich: „Die drey Gewalten im Staate, die aus dem Begriffe eines gemeinen Wesens überhaupt (*res publica latius dicta*) hervorgehen, sind nur so viel Verhältnisse des vereinigten, à priori aus der Vernunft abstammenden, Volkswillens, und eine reine Idee von einem Staatsoberhaupt, welche objective practische Realität hat. Dieses Oberhaupt (der Souverain) aber ist so

o) Kant a. a. O. S. 171.

p) An eine philosophische Entwicklung derselben auf Seite der französischen revolutionären Sturmgeisterey zur Zeit des Nationalconvents zu Paris, in welcher Zeitperiode gerade auch in Teutschland die Kant'sche Reformation der Philosophie vor sich ging, ist nicht zu denken. Denn wo sollte eine philosophische Darstellung dieser Art damals in Frankreich herkommen, da der Culminationspunct der französischen Philosophie jener Zeit (und unseres Wissens jetzt noch) die Philosophie des Condillacs war, die dem aus England schon vorher nach Frankreich verpflanzten Empirism des Locke huldigte, an welchem Empirism aber, wie Kenner wissen, wenn er consequent eingehalten wird, die Gründlichkeit der Philosophie, und mit ihr selbst alle Religion und Moral unausweichlich ihr Grab hat; so daß es dem Staate, der zu seinem Bestehen des Glaubens an Gott bedarf, wahre Noth thut, diesen Glauben nach Weise des französischen Demagogenconvents zu decretiren; sich aber auch eben hierdurch vor der Welt lächerlich zu machen.

„fern nur ein (das gesammte Volk vorstellendes) Gedankending, als
 „es noch an einer physischen Person mangelt, welche die höch-
 „ste Staatsgewalt vorstellt, und dieser Idee Wirksamkeit auf den Volks-
 „willen verschafft. Das Verhältniß der erstern zum letztern ist nun auf drey-
 „erley verschiedene Art denkbar: entweder daß Einer im Staate über Alle,
 „oder daß Einige, die einander gleich sind, vereinigt über alle andere; oder
 „daß Alle zusammen über einen jeden, mithin auch über sich selbst gebie-
 „then; d. i. die Staatsform ist entweder autokratisch *q)* oder aristokra-
 „tisch, oder demokratisch. — Man wird leicht gewahr, daß die auto-
 „kratische Staatsform die einfachste sey, nämlich von Einem (dem Könige)
 „zum Volke, mithin wo nur Einer der Gesetzgeber ist.“ Und im
 §. 52 S. 215 nennt Kant „es einen großen Fehltritt der Urtheilskraft eines
 „mächtigen Beherrschers zu unserer Zeit (Ludwigs XVI?), sich aus der
 „Verlegenheit wegen großer Staatsschulden dadurch helfen zu wollen, daß
 „er es dem Volk übertrug, diese Last nach dessen eigenem Gutbefinden selbst
 „zu übernehmen, und zu vertheilen; indem es so natürlicher Weise nicht al-
 „lein die gesetzgebende Gewalt in Ansehung der Besteuerung der Unter-
 „thanen, sondern auch in Ansehung der Regierung in die Hände bekam —
 „mithin die Herrschergewalt des Monarchen gänzlich verschwand
 „(nicht bloß suspendirt wurde), und auf das Volk überging.“ Dasselbe
 erhellet sonnenklar aus Kants richtiger Lehre §. 176: „Wider das gesetzge-
 „bende Oberhaupt des Staates gibt es — keinen rechtmäßigen Widerstand des
 „Volks; denn nur durch Unterwerfung unter seinen allgemeingesetzgebenden
 „Willen ist ein rechtlicher Zustand möglich; also kein Recht des Aufstan-
 „des (*seditio*), noch weniger des Aufruhrs (*rebellio*), am allerwenigsten
 „gegen ihn als einzelne Person (Monarch) unter dem Vorwande des
 „Mißbrauchs seiner Gewalt (*tyrannis*), Vergreifung an seiner Person, ja
 „an seinem Leben (*monarchomachismus sub specie tyrannicidii*)“ In das
 Verhältniß der Zweyerleyheit (Dualität) aber setzt Kant hinwiederum den
 vereinigten Willen des Volks; und den obersten Befehlshaber, als physische

q) Vom Autokrator, (dem Selbstherrscher, von *αὐτός*, ipse, und *ἡγεμονία*, impero) sagt Kant völlig ohne Grund, daß er sich vom Monarchen darin unterscheide, daß dieser (der Monarch) die höchste, der Autokrator aber alle Gewalt habe, und, als solcher, der Souverain sey, der Monarch aber diesen bloß repräsentire.

Person, wenn er S. 175 von dem Falle der Uebertretung der Constitutionalgesetze durch den obersten Befehlshaber spricht, und lehrt, daß „selbst in der Constitution kein Artikel enthalten seyn könne, der es einer Gewalt im Staate möglich machte, sich in diesem Falle dem obersten Befehlshaber zu widersetzen.“ Denn wäre hier der oberste Befehlshaber als der allgemeine vereinigte Volkswille zu verstehen: so wäre der unterstellte Fall der Uebertretung der Constitutionalgesetze ein logisches Unding, weil diese Uebertretung dann eine Uebertretung des allgemeinen Willens des Volks durch ihn selbst seyn müßte, die sich widerspricht. Derselbe Gegensatz wird von Kant S. 174 dadurch gegeben, daß er den Regenten des Staats zum Organ des Herrschers macht, (den Regenten also für den Dollmetscher und Sachwalter des Herrschers, als vereinigten Volkswillens annimmt); aber ihm die Fähigkeit unterstellt, den Gesetzen zuwider zu verfahren; ja S. 171 den Regenten durch den souverainen Gesetzgeber verpflichtet, und durch ihn sogar seiner Gewalt entsetzbar seyn läßt. Nicht zu erwähnen, daß Kant auf eben dieser Seite seines Buches abermahls einen Widerspruch dadurch aufstellt, daß er sagt, der Regent sey dem Zwange nicht unterworfen, weil von ihm aller gesetzliche Zwang ausgehe; und doch hinwiederum spricht, der Gesetzgeber könne dem Regenten seine Gewalt nehmen und ihn absetzen, gleichsam als wenn dieses nicht auch ein Zwangsact wäre.

§. 39.

Wenn es nun so einleuchtend ist, daß Kants und Dumouriez Ansicht, und des erstern Erörterung, des Verhältnisses des Staatsgesetzgebers zum Staatsregierer nicht genügt, auch nicht genügend gemacht werden kann, so lange der Staat nach der leitenden Vernunftidee des bürgerlichen Vereinigungs- und Unterwerfungsvertrags, mithin nach dem erwogen wird, was er an sich seyn soll; da vielmehr nach diesem letztern Gesichtspunkte die gesamte Staatsgewalt, sonach auch die gesetzgebende Gewalt in der Person des Staatsoberhauptes vereinigt ist, und die Unterscheidung dieses Staatsoberhauptes in den Gesetzgeber (Staatsherrscher) und in den Regenten (Gesetzvollzieher) nur auf der Verschiedenheit der Richtung beruht, nach welcher das Eine Staatsoberhaupt von seiner Machtvollkommenheit Gebrauch macht: so ist wohl auch leicht ersichtlich, daß der, im Gefolge jener

Kant'schen und Dumouriez'schen Ansicht des Verhältnisses des Gesetzgebers zum Gesetzvollzieher im Staate stehende Artikel nicht haltbar seyn kann, welcher will, daß, um das Princip der Möglichkeit des Despotism (d. i. der Handhabung der Staatsgewalt nach der Regel nicht des Staatszweckes, als Gegenstandes des Gesamtwillens des Volks, sondern der Privatwillkür des physischen Inhabers der Staatsgewalt) im Staate zu zernichten, die gesetzgebende Gewalt und die vollziehende nicht in einer und derselben Person vereinigt seyn dürften, sondern daß das Volk durch seine Deputirte (Landsstände) das Gesetz zu geben, der Regent des Staates aber dasselbe nur zu vollziehen hätte. Denn hiernach wäre wieder die leidige Dürarchie vorhanden, von der die, von der Vernunft geforderte, Einheit in der Idee des Staatsoberhauptes radical zernichtet wird, wie wir oben schon bemerkt haben. Keine, der Vernunftidee vom Staatsoberhaupt gemäße Constitution kann daher wollen, daß die gesetzgebende Gewalt dem Volke, so fern es, wenn ein Staatsoberhaupt besteht, und, der Staat selbst hierdurch sich als eine ungleiche Gesellschaft ausspricht, nur der Inbegriff der Unterthanen ist, und seyn kann, eigen sey; und daß in Folge dessen das constituirte Staatsoberhaupt nur als Werkzeug zu wirken habe, um das, was das Volk durch seine Deputirten als Gesetz bestimmt hat, in Vollzug zu bringen. Vielmehr kann die Vernunft in diesem Falle die Existenz der Volksdeputation nur zu dem Zwecke billigen, und für einen Artikel der Constitution geeignet finden, daß das physische Staatsoberhaupt, welches, wie jeder Mensch einzeln und in Massa, unter der natürlichen Beschränktheit der menschlichen Erkenntnißkraft steht, und sonach das jeweilige Bedürfnis des Volks, und den darnach geregelten Wunsch und Willen desselben, nicht sicher durch sich selbst weiß, davon durch die Deputirten des Volks sichere Kunde bekomme, um hierauf passende Gesetze der Art geben zu können, daß sie in voller Wahrheit das enthalten, was allgemeiner Volkswille ist. Die Volksdeputirten sind darnach nicht Gesetzgeber, sondern nur Berather des Staatsoberhauptes in dem, was von ihm als Gesetz gegeben zu werden Noth thut; und eine Regentschaft oder auch nur Mitregentschaft ist so nimmermehr auf ihrer Seite. Auch erhellet dieß schon daraus, daß die Volksdeputirten nur als Mandatare des Volks gelten, sonach keinen höhern Character haben können, als welchen ihr Mandant, das Volk selbst, hat. Dieser Character ist aber der der Unterthänigkeit, indem ein Staatsoberhaupt vorausgesetzt wird. Mit die-

sem Character aber verträgt sich nicht der Character der Majestät, welcher dem Staatsbefehlshaber (Gesetzgeber) unzertrennlich anhängt. Die Volksdeputirten, oder die Landsstände, können also auch aus diesem Grunde nimmermehr für Staatsgesetzgeber gehalten werden. Und gesetzt auch, selbst durch den Unterwerfungs- und Constitutionsvertrag (beyde als gleichzeitig gedacht) wäre bestimmt worden (unter der Firma der empirischen Politik, da kein Princip *à priori* dafür aufgestellt werden kann), daß das Staatsoberhaupt, als Gesetzgeber, bey der Gebung eines Gesetzes an die Einwilligung der Volksdeputation gebunden seyn solle, und ohne sie kein Gesetz aufkommen dürfe: so würde doch nichts destoweniger das Gesetz selbst immer nur, als vom Staatsoberhaupte ausgehend, betrachtet werden müssen, weil die Bedingung der Effizienz eines Principis immer nur Bedingung ist, und sich nicht zur Würde eines Coëfficiënten (hier der Mitregentschaft) potenziren kann. Der, allgemein und mit Recht als in positiver Rechtshinsicht gewichtiger Lehrer des Staatsrechts anerkannte Jo. Stephan Pütter vergleicht den Fall mit dem Heirathsvertrage, der nach positiven Staatsgesetzen ohne die Einwilligung der Aeltern nicht geschlossen werden kann; der aber doch gleichwohl sein efficientes Princip nur im Willen des Sohnes oder der Tochter hat. Pütters Worte sind ¹⁾: „ein König, dem ein Reichstag, „oder ein Parlement, ein Reichsrath, ein Conseil Permanent, an die Seite gesetzt ist, bleibt doch allezeit ein wahrer Regent; er ist es eigentlich, „der die höchste Gewalt auszuüben hat; in ihm beruhet die „wahre Majestät. Nur in Ausübung der Majestätsrechte ist nicht alles „seinem eigenen Gutfinden bloß für seine Person überlassen; sondern da wird „erfordert, daß erst eine reichstägliche Bewilligung vorhanden sey, ohne welche er in allen Fällen, wo Gesetz oder Herkommen solche erfordern, für „sich nichts thun darf. So ist in ähnlichen Fällen des Privatrechts ein Sohn, „wenn er heirathen will, an die väterliche Einwilligung gebunden, weil die „Gesetze für dienlich finden, eine so wichtige Sache nicht auf das Gutdünken „des Sohnes allein ankommen zu lassen, sondern ihn unter die Einschränkung „zu setzen, daß sein Vater erst dazu einwilligen müsse. Dieses hindert „nicht, daß in Schließung der Heirath der Sohn doch immer die Hauptperson

1) S. Johann Stephan Pütters Beyträge zum teutschen Staats- und Fürstenrechte. Göttingen b. Vandenhöck 1777. S. 60 folg.

„bleibt. Nicht Vater und Sohn, sondern der Sohn allein ist es, der heirathet, „aber gleichsam zur Ergänzung seines Willens, den die Gesetze nicht für hinlänglich halten, braucht er noch die Einwilligung des Vaters. Mit diesem Bilde hat der Fall eines jeden eingeschränkten Monarchen große Aehnlichkeit. Der Monarch will Gesetze geben, Steuern fordern, Krieg anfangen. Er ist und bleibt allemahl die Hauptperson, der wahre Regent, dessen Ansehen und Majestät hierunter obwaltet. Aber eine so wichtige Sache, welche der ganzen Nation so wesentlich wohl oder wehe thun kann, auf den Willen eines einzigen Herrn ankommen zu lassen, will viel sagen. Darum wird nun erst die Nation selbst zu Rathe gezogen; sie widerspricht, so geschieht es nicht; sie ist's zufrieden, nun geht der Monarch in Ausübung seines Majestätsrechts ungehindert fort. Das ist die wahre Theilnehmung eines großbritannischen Parlaments, wie eines deutschen Reichstages.

„Will man diese Theilnehmung eine Mitregierung, ein Coimperium nennen, ohne eine solche Gemeinschaft, wie unter mehreren Sammtteigenthümern eines Gutes oder Landes darunter zu gedenken: so ist in so weit nichts dabey zu erinnern, als es etwa nur um einen Ausdruck gilt, um das mit einem Worte zu benennen, wozu sonst vielleicht ein noch bequemerer Ausdruck fehlen würde, sofern auch nicht etwa von Ertheilung eines bloßen Rathes oder Gutachtens, so nach Gutfinden befolgt, oder nicht befolgt werden kann, sondern von einer nothwendig erfordernten Einwilligung, ohne welche nichts geschehen darf, die Rede ist; so hat es allerdings seine Richtigkeit, daß doch z. E. die Errichtung eines Reichsgesetzes nicht vom Kaiser alleine, sondern nur vom Kaiser und Reiche geschehen kann, daß beyder Theile Wille dazu erfordert wird, und daß also in so weit der Ausdruck einer Mitregierung in solchen Fällen von der Natur der Sache nicht entfernt ist.“

§. 40.

Es erhellet, daß Pütter hier aus dem Gesichtspuncte der vormahls in Teutschland bestanden, und in England noch bestehenden Staatsform spricht, als einer nicht reinen, sondern gemischten s); und mit seiner Lehre da-

s) Für England bezeichnen wir diese Mischung durch die Worte der monarchisch-aristokratisch-demokratischen Staatsform. Für die vormals in Teutschland

her keineswegs über die Frage über das Verhältniß der Landsstände zu dem Staatsoberhaupte diejenige Auskunft geben kann, die wir hier nach dem philosophischen Standpunkte der Vernunftidee vom Staatsoberhaupte, als Subjecte der collectiven Willenseinheit der Bürger, und vom Volke, als Inbegriffe der Unterthanen, über dieses Verhältniß gegeben wissen wollen; und bereits wirklich schon, nach diesem unserem Standpunkte, dahin gegeben haben, daß die Landsstände, als Deputirte des Volks im besagten Sinne des Wortes, nimmermehr eine Mitregentschaft haben; weil der ihnen, sowohl einzeln, als im Ganzen genommen, anklebende Unterthänigkeitscharacter damit im Widerspruche steht. Will man aber den Fall setzen, daß selbst durch den Unterwerfungs- und gleichzeitig gedachten Verfassungsvertrag die Ausübung der Staatsgewalt dem Staatsoberhaupte nur unter der resolutiven Bedingung der Einschränkung derselben auf die Zustimmung der Landes-Stände überlassen worden sey: dann hat allerdings eine Mitregentschaft in demselben Sinne Statt, wie unter Privaten ein Miteigenthum (condominium) an einem Gegenstande bestehen kann; aber es fällt dann auch der Character der Unterthänigkeit dieser Landesstände, oder vielmehr des, sie constituirenden, Volkes weg, und hiermit selbst die Idee des Staatsoberhauptes, im Gegensatze des Volkes: das Volk ist dann Unterthan und Gesetzgeber zugleich, und es hat so, wenigstens indirecte, der Geist der demokratischen Staatsform Statt; welche aber die größte, und zum Despotism passendste Staatsuniform schon deswegen ist, weil da Alle über Einen, und auch wider Einen beschließen können; und im letztern Falle doch nicht Alle sind, weil ohne den Einen, wider den der Beschluß geschieht, die Menge der Uebrigen nicht Allheit seyn kann, was auch schon Kant angemerkt hat t). Ob übrigens durch Landsstände überhaupt, wenn man sie dazu für nothwendig hal-

bestandene Staatsform mögen die positiven Staatsrechtslehrer, wenn sie können, die adäquate Bezeichnung jetzt noch nachträglich liefern.

t) Immanuel Kant, zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Königsberg b. Frid. Nicolovius 1795, S. 26, wo es wörtlich heißt: „Unter den drey Staatsformen „ist die Demokratie im eigentlichen Verstande des Worts, nothwendig ein Des- „potism, weil sie eine executive Gewalt gründet, da Alle über und allenfalls auch „wider Einen (der also nicht mit einstimmt), mithin Alle, die doch nicht Alle sind, „beschließen, welches ein Widerspruch des allgemeinen Willens mit sich selbst und „mit der Freyheit ist.“

ten wollte, um zu verhüten, daß das physische Staatsoberhaupt die ihm zukommende Staatsgewalt nicht wider das Beste der Unterthanen gebrauche, dem Volke eine vollkommen sichere Garantie seines Besten gegeben werde, ist nicht nach einem Vernunftprincip entscheidbar; eben weil die der Frage unterstellte Bedingung ganz auf dem Gebiete des Empirism wurzelt, der da lehrt, daß und wie die Menschen, durch Neigungen und Triebe geleitet, von ihrer obhabenden Pflicht abweichen können, und vielfältig, selbst zur Kränkung Anderer an ihrem Rechte, wirklich abweichen. Aber auf eben dieses Gebieth, hinsichtlich des ersten Lehrpunktes desselben, fällt ebenmässig nun auch der Character der Landstände, eben weil auch sie Menschen sind; und die Geschichte des revolutionairen französischen Convents, leidigen Andenkens, beweist hinreichend, daß auch in den Volksdeputirten das Palladium des Volksheils nicht immer gegeben ist; zum Beweise a) daß, wenn das Volk glaubt, Ursache zu haben, mißtrauisch zu seyn, ob das physische Staatsoberhaupt seiner obhabenden Bestimmung, das Beste des Volks zu besorgen, gewissenhaft entsprechen werde; es auch glauben müsse, Ursache zu haben, zu zweifeln, ob sein Heil durch die Landes-Stände, die es wählt, sicher werde ausgeführt werden; oder ob ihm nicht vielmehr durch diese, ebenfalls Gefahr des Despotism, und zwar eines so vielköpfigen, als Köpfe des Landsstandes von ihm gewählt werden; und daher eines noch weit schlimmern Despotism, als der von Einem Staatsoberhaupte *ex hypothesi* befürchtete ist, zu befürchten stehe.

b) Daß die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die, menschlichen Händen anvertraute, Staatsgewalt immer nur zum Besten des Staates von den Inhabern derselben ausgeübt, und der Despotism sogar im Keime seiner Möglichkeit zernichtet werde, nicht nach einer Regel der Vernunft, und noch viel weniger durch die, auf dem Boden der Erfahrung gewachsene, Politik mit voller Gewissheit gelöst werden kann; und daher die Unterthanen immerhin volle Ursache haben, gute Staatsregenten vom Himmel zu erflehen; und auf die erhaltenen die oben als Motto angesetzten Worte des Plinius anzuwenden: „Nullum praestabilius est aut pulchrius munus deorum, quam castus et sanctus et diis simillimus princeps.“

§. 41.

Wir kommen nun an die Ausflüsse der gesetzgebenden Gewalt, wodurch sich ihr Umfang bestimmt. Diese ergeben sich, als Justiz- und als Poli-

zeygewalt von selbst aus der Idee des Zwecks der Staats-Gesetzgebung. Dieser Zweck ist, einen solchen Coëxistenz-Zustand unter den Bürgern des Staates herzustellen, daß jeder dessen theilhaftig werden kann, was für ihn, als Bürger, Rechtens ist. Das Princip dieser Theilhaftigmachung eines jeden Bürgers an seinem Rechte ist und heißt Staats-Justiz; da schon die römischen Rechtslehrer nach den Stoikern Griechenlands überhaupt die *Justitia* für eine *constans, et perpetua voluntas, suum cuique tribuendi* erklärt haben. Das Object, auf dessen Realisirung der Staat zunächst hinzuwirken, und das er, als seinen Principialzweck, zu verfolgen hat, ist also die Geltung der Justiz. Auf diesen Zweck, als Zweck der Rechtsgeltung aber kann der Staat, wie auch schon Hr. Prof. Anton Bauer bemerkt hat, entweder geradezu (*directe*), oder im Umschweife (*indirecte*) hinwirken. Dort bestimmt er durch Gesetze geradezu, was im Staate Rechtens seyn soll; und die Staatsgesetzgebende Gewalt heißt hiernach Justizgewalt, im engeren Sinne des Wortes: hier dagegen bestimmt er durch Gesetze etwas, was zwar nicht eine Bestimmung des bürgerlichen Rechtes ist, aber doch als Mittel dient, den rechtlichen Zustand im Staate zu befördern, entweder als Wegräumung der Behinderungen dieses rechtlichen Zustandes; oder als Vermehrung der, die Geneigtheit der Unterthanen, die Staatsrechtsgesetze zu erfüllen, befördernden Dinge, die schon vorhanden sind. Nach dieser Art und Weise ihres Wirkens heißt die gesetzgebende Gewalt des Staates die Polizeygewalt. Justiz- und Polizeygewalt sind hiernach die zwey einzigen Hauptausflüsse der gesetzgebenden Gewalt des Staates, als ersten Hauptelements der Staatsgewalt — oder des Majestätsrechtes überhaupt.

§. 42.

Die Justizgewalt zerfällt wieder in zwey Aeste, in die Civil- und in die Criminal-Justizgewalt. Das Fundament dieser Eintheilung liegt in der doppelartigen Weise der Möglichkeit der Verletzung des für den Staat und seine Glieder gültigen Rechtes. Denn dieses Recht kann verletzt werden durch das sich Vergreifen entweder an der Materie desselben unter der Form des Rechts; oder an der Form des Rechts durch die Materie desselben. Dort verletzt ein Bürger seinen Mitbürger oder auch den Staat in dem, was das Rechtlichseine (*suum juris*) des Mitbürgers oder des Staates ist; in der Meinung, er habe zu der Handlung Recht, durch die diese Verletzung

vor sich geht, und diese seine Handlung selbst sey sonach keine Verletzung des Rechts des Andern; wie wenn z. B. zwey Bürger über das Eigenthum eines Grundstückes deswegen streiten, weil jeder glaubt, er habe dazu das Recht; oder wenn aus gleichem Grunde ein Bürger der Herrschaft den Zehnt von seinem Weinberge entzieht. Die Gesinnung, das Recht des Andern zu verletzen, fällt in beyden Fällen weg; und die hier einschlagende Justizgesetzgebung heißt die bürgerliche (civilis), weil sie für die gilt, denen Bürgersinn inwohnt; als Gesetzgebung zur Schlichtung der Rechtsstrittigkeiten, bey welcher beyde streitenden Theile für bürgerlich ehrlich, d. i. für Subjecte gehalten werden, die den Willen haben, dem Staatsrechtsgesetze sich zu fügen, und nur nach demselben das vermeintlich rechtlich Ihrige zu behaupten suchen, und daher nicht gemeint sind, einander Unrecht zu thun. Dagegen wird durch die Vergreifung an der Materie des Rechtes eines Bürgers, oder des Staates die Form des, im Staate gültigen, Rechtes verletzt, wenn diese Vergreifung aus einer Handlungsmaxime hervorgeht, die dem Staatsrechtsgesetze selbst feindlich widerstrebt, und daher, der Form nach, als Verletzung gegen jedermann betrachtet werden kann, z. B. der Straßenraub; der Diebstahl; das Falschmünzen; die Urkundenfälschung u. s. w. Handlungen dieser Art heißen Verbrechen (crimina, delicta), und die sie treffende Justiz die Criminaljustiz u).

§. 43.

Im Gefolge der Criminaljustiz-Gesetzgebung steht die Strafgewalt, als Recht, zur Unterdrückung des rechtswidrigen Willens der Bürger, der nur durch ein, als Wirkung der Verletzung des Gesetzes erwartetes, Lustgefühl herbeygeführt werden kann, ein Unlustgefühl anzudrohen, das jenes Lustgefühl überwältigt, und, im Falle der doch geschehenen Verletzung des Rechtsgesetzes, dem Verletzer auch wirklich zu Theil werden zu lassen. Daß dieses Recht dem Staatsoberhaupte, als Subjecte der gesetzgebenden Gewalt,

u) Kant erklärt in seinen schon angeführten metaph. Anfangsgründen der Rechtslehre S. 195 das Verbrechen schlechthin (crimen) für diejenige Uebertretung des öffentlichen Gesetzes, die den, welcher sie begeht, unfähig macht, Staatsbürger zu seyn, und setzt als Arten desselben das öffentliche Verbrechen (crimen publicum) an, und das Privatverbrechen, mit dem Zusatze, daß das Privatverbrechen vor die Civil- das öffentliche Verbrechen aber vor die Criminalgerechtigkeit gezogen werde. Allein so müßte die Justiz einzig nur mit Verbrechen es zu thun haben, was falsch ist.

zustehe, ist für sich eben so klar, als daß überhaupt die Rechtsgesetzgebung diejenige sey, der auch eine äufsere Triebfeder v) zur Seite steht, und alle äufsern Triebfeder, ihre Treibkraft zur Unterlassung der Verletzung des Gesetzes nur vom Schmerzgeföhle hernehmen können; welchem diese Verletzung den Verletzer unausweichlich unterwürfig macht. Nicht also das Staatsoberhaupt, als Vollzieher des Gesetzes, wie Hr. Prof. von Eggers w) dafürhält, sondern als Geber des Gesetzes ist das Subject der Strafgewalt, um so mehr, da die Völlziehung der Strafe ein Gesetz voraussetzt, welches die Strafe dictirt. Nach diesem Grunde der Strafgewalt entscheidet sich weiters nun auch die famose Frage, in welcher Quantität und Qualität die Strafe zu dictiren, und ob sie ins besondere auch als Todesstrafe rechtlich zulässig sey. Unsere Ueberzeugung ist mit Kant; daß alle Strafe in derjenigen Quantität und Qualität anzudrohen, und als angedrohte im gegebenen Falle der strafgesetzlich verbotenen Handlung zu vollziehen sey, daß dadurch die Quantität und Qualität der Verletzung des Rechtes, als eine den Verletzer selbst durch die Justiz treffende, erscheine; und hierdurch dem verletzten Ansehen der Justiz Genüge geschehe. Dieses Talionsrecht ist selbst schon in der Mosaischen Urkunde aufgestellt; und dieses sein Alter schon dürfte zu erkennen geben, daß es der Rechtsidee selbst das angemessenste sey. Die Todesstrafe gegen einen Mörder ist hiernach absolut rechtlich, statt dessen sie von Rousseau x), Montesquieu y) und Andern, die hier vom Standpuncte der Nothwendigkeit, als Standpuncte der Politik, ausgehen, nur als eine bedingt und relativ zulässige dargestellt ist. Doch dieses ausführlicher zu behandeln, ist hier der Ort so wenig, als für

v) Triebfeder (causa movens) ist der subjective Bestimmungsgrund zur Handlung. Sie ist eine innere, wenn das, was ein Subject bestimmt, dem Gesetze gemäß zu handeln, in der Vorstellung des Gesetzes selbst, und in dem dadurch bewirkten Geföhle der Achtung gegen das Gesetz enthalten ist. Aussicht dagegen auf Belohnungen, und Furcht vor Strafen sind äufsere Triebfedern. Da es ohnehin schon eines jeden Bürgers Pflicht ist, den Staatsgesetzen sich zu fügen: so kann die Triebfeder zur Nichtübertretung derselben sich nicht als Belohnung, sondern nur als Strafe ankündigen.

w) Im a. W. §. 100.

x) Contract social liv. II chap. V „on n' a droit, de faire mourir, même pour l' exemple, que celui, qu' on ne peut conserver sans danger.“

y) L' esprit des loix liv. XIX ch. 15 „toute peine, qui ne derive pas de la nécessité, est tyrannique: la loi n' est pas un pur acte de puissance.

die einzelnen Fälle des Verbrechens das Uebel zu bestimmen, welches nach dem besagten Princip als Strafe zu gelten hat.

§. 44.

Anlangend die Polizeygesetzgebung: so ist ihre Wirksamkeit nach den beyden oben (41) angegebenen zwey Hauptgesichtspuncten theils negativ, d. i. das verbiethend und unterdrückend, was dem Staatszwecke gefährlich und nachtheilig ist; theils positiv, d. i. das anordnend und vermehrend, was für die Geltung des Staatszweckes beförderlich ist. Es erhellet, daß dieser Eintheilung die qualitative Kategorie der Reflexion, die, als rein logische, in Affirmation und Negation zerfällt, zum Leitprincipe dient. Aber es erhellet auch, daß das Detail dieser beyden Wirkungsarten der polizeylichen Gesetzgebung nicht eben so nach einem *à priori*-schen Leitprincip angegeben werden kann. Denn dieses Detail müßte die Totalität der, wirklich für den Staat geltenden, Zweck hinderlichen und Zweck beförderlichen Beschaffenheiten der Lage des Staates zur Basis haben; und diese Totalität läßt sich nicht *à priori* festsetzen, weil die Beschaffenheiten der Lage, in der sich der Staat physisch befindet, oder für die Zukunft befinden kann, nach den Raumes- und Zeitverhältnissen, unter denen er existirt, unendlich veränderlich sind. Nur nach einem empirischen Gesichtspunkte kann daher die besagte negative und positive Wirkungsart der Polizeygesetzgebung näher, aber auch nur näher, und aus demselben Grunde wieder nicht *en Detail*, bestimmt werden. Dieser empirische Gesichtspunkt ist die sinnliche und intelligente Seite des Menschen, diese letztere als Kopf, und als Herz zugleich genommen. Die sinnliche Seite geht auf die Mittel der animalischen Selbsterhaltung, und des sich Wohlbefindens. Die intelligente Seite aber geht auf Cultur, um an der staatsrechtlichen Ordnung Interesse haben, und zu ihrer Beförderung das Mittel seyn zu können. Daher ergibt sich der allgemeine Abriss der Functionen der Polizeygesetzgebung des Staates, wie er gewöhnlich auch in den Staatsrechts-Lehrbüchern aufgeführt wird, dahin, daß diese Gesetzgebung sich wirksam zu beweisen hat,

a) als Sicherheitspolizeygesetzgebung; deren nächster Gegenstand ist, die aus der sinnlichen Natur des Menschen stammenden Entstehungsgründe der Verbrechen aufzuheben;

b) als Güterpolizeygesetzgebung, deren Gegenstand die Erhaltung und

Vermehrung der Mittel des sich Wohlbefindens der Bürger ist. Denn der Glückseligkeitstrieb fällt entweder auf das Benehmen der Hummeln, um im Müßiggange auf Kosten Anderer sich gütlich zu thun — er wird diebisch; — oder auf das Benehmen der emsigen Bienen, die, wenn sie keine hinreichende Nahrung finden können, gefüttert und zur Findung einer reichlichen Nahrung unterstützt werden müssen.

c) als Unterrichts- und Sittenpolizeygesetzgebung, die auf die intellectuelle, moralische, und religiöse Cultur der Bürger hinzuwirken; und daher alles zu gebiethen, und zu verbiethen hat, wodurch diese Cultur befördert oder behindert wird. Die öffentlichen Unterrichtsanstalten, nach allen ihren Formen, schlagen hier ein. Doch näher uns über diese Hauptzweige der Polizeygesetzgebung durch Erklärungen und Beyspiele zu verbreiten, gestattet weder die Zeit, noch der, ohnehin schon stark überschrittene, unsern, auf Kosten der Universität zu druckenden, akademischen Abhandlungen gesetzlich bestimmte Raum dieser Blätter. Daher stehe hier nur noch die Bemerkung, daß die Polizeygesetzgebung sich eben so, wie die Justizgesetzgebung in die civile, und criminale eintheilen läßt.

§. 45.

Das, was die gesetzgebende Gewalt des Staatsoberhauptes bestimmt hat, auszuführen, ist Function der vollziehenden Gewalt des Staatsoberhauptes. Zum Vollziehen aber, als Acte, der dem bestehenden Gesetze gegen seine Behinderungen, sie seyen innere, oder äußere, Effect verschafft, gehört Zwangsvermögen; und dieses fordert vor allem eine Zwingmannschaft. Daher ist dem Staatsoberhaupt, als Regenten des Staates, zunächst das Recht zur Herstellung einer hinreichenden, mit Zwangswerkzeugen (Waffen) ausgerüsteten Mannschaft nothwendig (*jus armorum*) z). Die Functions-Arten der Vollziehungsgewalt selbst aber bestimmen sich nach den Functionsarten der ge-

z) Diese Zwingmannschaft, im Verhältnisse zu innern und auch zu äußern Behinderungen der gesetzlichen Ordnung des Staates, sofern die äußern Behinderungen bloß durch Privatpersonen, die nicht Staatsunterthanen sind, geschehen, heißt *Gens-d'armee*; und relativ auf die einzelnen Staatsgemeinden, schlechtweg Polizeymannschaft; im Verhältnisse dagegen zu andern Staaten, als Macht gegen Macht, das Militär im ausgezeichneten Sinne des Wortes. Von dem, diesem Begriffe des Militärs zur Seite stehenden Kriegsrechte (*jus belli*) handelt das Staatenrecht; und im Staatsrechte kann von ihm, als einem Majestätsrechte, nur in so weit die Rede seyn, als es für die Herstellung des Militärs zunächst auf das Rechtsverhältniß des Staates zu seinen Unterthanen ankommt; und dabey die Wirksamkeit des Staatsoberhauptes, als äußere Justizgesetzvollziehende, erwogen wird.

setzgebenden Gewalt. Denn nur dasjenige ist zu vollziehen, was das Gesetz fordert. Alle Wirksamkeit der vollziehenden Gewalt hat daher entweder auf die Justiz- oder auf die Polizeygesetzgebung Beziehung; und da der Regent a) als physische Person, für sich allein nicht vermögend ist, alle diese ihm obliegenden Wirkungsarten selbst zu besorgen; b) eines, zur Deckung der Bedürfnisse des Staates, deren Beseitigung zum Zwecke der gesetzgebenden Gewalt des Staates nothwendig ist, zureichenden pecuniären (in Geld und Geldswerthen Sachen bestehenden) Vermögens bedarf; so hat in ersterer Hinsicht der Regent des Staates das Recht auf den Gebrauch der Kräfte der Staatsunterthanen; und dieses Recht zerfällt in das Recht der Frohndienste a), zu deren unentgeltlichen Leistung nach der Vorschrift des Regenten zunächst nur physische Körperkraft erfordert wird; und in das Recht der Staatsamtlichen Dienste (jus munerum) verbunden mit dem Rechte der Staatswürden (jus honorum); so fern Staatsamtliche, oder auch schlechtweg Staatsdienste fortwährende Ausübungen eines Theils der Staatsgewalt, im Namen des Regenten, bezeichnen b). Und daß diese Staatsdienste, und correlativen Staatsämter, (als Institute des Rechts und der Verbindlichkeit zur Leistung derselben) nur in Justiz- und Polizeiliche Staatsdienste zerfallen können, ist aus dem obigen klar. Hinsichtlich des, der vollziehenden Gewalt nothwendigen pecuniären Vermögens aber tritt für den Regenten als Recht, die sogenannte Finanzgewalt — oder Cameralgewalt, sammt dem sogenannten äußersten Rechte (jus eminens), als Rechte, das Eigenthumsrecht der einzelnen Unterthanen einzuschränken, oder gar aufzuheben, ein; und in Folge der Finanzgewalt das Recht a) auf die sogenannten Domänen, b) auf die Nutzung der Regalien, c) auf die Besteuerung der Unterthanen, d) auf die Verwaltung der sämtlichen Staatseinkünfte c). Die ausführliche Auseinandersetzung dieser Zweige der Staatsvollziehungs- Gewalt, die wir hier aus dem schon oben angegebenen Grunde nicht liefern können, besonders die über das Recht der Staatsämter, welche, wie sie von mehreren gegeben worden ist, uns nicht genügt, sey einer andern Gelegenheit vorbehalten.

-
- a) Daß die Soldatendienste theils zu den gemeinen (Frohn)- theils zu den Staatsdiensten gehören, behauptet Bauer's Lehrbuch des Naturrechts §. 240. Allein wie kann, wenn die Unentgeltlichkeit der Leistung des Dienstes als Attribut des Begriffes der gemeinen Dienste, (Frohnen) mit Bauer angesetzt wird, der Dienst des gemeinen Soldaten, für den er vom Staate Sold bezieht, ein Frohndienst genannt werden?
 - b) S. Seuffert vom Verhältnisse des Staats und der Diener des Staats gegeneinander, Würzburg 1793; und Bauer's Lehrbuch des N. R. §. 241.
 - c) S. Bauer's Lehrbuch des N. R. §. 243. 244.
-

Es lebe hoch der König,
Maximilian Joseph!!!



Metz, Andreas,

Das Majestätsrecht eine akademische philosophisch-staatsrechtliche
Abhandlung zur Feyer der allerhöchsten Anwesenheit Sr. Majestät des Königs
von Baiern Maximilian Joseph's ... in der Königlichen Universitäts-Stadt Wü
rzburg im May-Monathe des Jahres 1823

Würzburg 1823

4 Diss. 3719,17

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10972385-1